



Bericht über die Menschenrechtsarbeit 2011

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Geiststraße 7
37073 Göttingen
Tel. 0551 499 060 – Fax 0551 58020
E-Mail: info@gfbv.de – www.gfbv.de

Dem **Vorstand** der Gesellschaft für bedrohte Völker Deutschland gehörten im Geschäftsjahr 2011 folgende Personen an:

Dr. James Albert (Göttingen), stellv. Bundesvorsitzender bis 26.11.2011

Dr. Uwe Betjen (Göttingen) bis 18.08.2011

Harald Klein (Freiburg), Bundesvorsitzender bis 26. 11.2011

Maria Sido (Bonn) bis 26.11.2011

Irina Wießner (Hermannrode) bis 26.11.2011

Jan Diedrichsen (Flensburg/Kopenhagen), stellv. Bundesvorsitzender seit 26.11.2011

Feryad Omar (Berlin), Bundesvorsitzender seit 26.11.2011

Ulrich Pfingsten (Wittenberg) seit 26.11.2011

Maria Sido (Bonn) seit 26.11.2011

Irina Wießner (Hermannrode) seit 26.11.2011

Kassenprüfer

Ulrich Bock (Soltau) bis 26.11.2011

Sebastian Scharf (Frankfurt) bis 26.11.2011

Prof. Dr. Thomas Klingebiel (Göttingen) seit 26.11.2011

Günther Schierloh (Göttingen) seit 26.11.2011

Schiedskommission

Ulrike Kuhlmann (Münster)

Wolfgang Rest (Aachen)

Dr. Kajo Schukalla (Münster), Vorsitzender

INHALTSVERZEICHNIS

Europa	4
Bosnien-Herzegowina – Kosovo-Flüchtlinge – „Wolfskinder“ – GUS/Osteuropa - Verschiedenes	
Nahost	8
Arabischer Frühling – Syrien – Türkei – Iran - Irak	
Afrika	11
Ägypten – Libyen – Tunesien – Algerien – Westsahara – Tuareg – Sudan / Südsudan – Mauretanien – Verschiedenes	
Asien	18
Burma – China – Indien – Afghanistan – Pakistan – Indonesien – Kambodscha – Bangladesch - Verschiedenes	
Indigene Völker	24
Brasilien – Bolivien – Ecuador – Leonard Peltier	
Arbeit bei den Vereinten Nationen	27
Länderprüfberichte - mündliche und schriftliche Stellungnahmen – Aide Mémoires	
Aktionen und Veranstaltungen	29
Regionalgruppen	31
Homepage	32
Presse und Medienecho	33
GfbV-Zeitschrift: bedrohte Völker – pogrom	41
GfbV in Berlin	42
Finanzen	43
Sektionen	45
Bosnien-Herzegowina – Schweiz – Österreich – Südtirol – Kurdistan/Irak	

EUROPA

Bosnien und Herzegowina

Auf der **Leipziger Buchmesse** (18. -20. März 2011) protestierte unser Team unterstützt von GfbV-Mitgliedern aus Leipzig gegen eine Veranstaltung mit Buchautoren (u.a. Alexander Dorin, Germinal Civikov, Hannes Hofbauer), die die Völkermordverbrechen in Bosnien 1992-1995 aktiv leugnen. Unmittelbar nach der Buchmesse versuchte Dorin, in der schweizerischen "Weltwoche" für sein Buch „Srebrenica, wie es wirklich war“ zu werben. Nach scharfen Protesten der GfbV-Deutschland und der GfbV-Schweiz wollte die führende Züricher Orell-Füsli Buchhandlung kein Buch des Autors mehr bestellen.

Als der ehemalige serbische General der bosnischen Armee, Jovan Divjak, aufgrund eines Haftbefehls aus Serbien am 3. März in Wien festgenommen wurde, demonstrierte die GfbV mit Exil-Bosniern für seine sofortige Freilassung vor der österreichischen Botschaft in Berlin. Mit der Forderung „**Freiheit für den Retter von Sarajevo! Ex-General Divjak** sofort aus Untersuchungshaft entlassen!“ Mit einer anschließenden Briefkampagne, Appellen und Demonstrationen in Wien und Sarajevo protestierten mehrere GfbV-Sektionen gegen politisch motivierte Haftbefehle Serbiens. Ein österreichisches Gericht erklärte den Haftbefehl gegen Divjak Ende Juli 2011 für nichtig. Er konnte als freier Mann nach Sarajevo zurückkehren.

Anlässlich des **16. Jahrestags des Massakers von Srebrenica** beteiligten wir uns am 11. Juli in Hannover an der Mahnwache der Bosniakischen Kulturgemeinschaft Hannover e.V. zum Gedenken an die Opfer des Völkermordes. Auch die Islamische Gemeinschaft Hannover e.V. und die Bosniakische Diaspora Kosovos in Deutschland unterstützten die Aktion. Wir erinnerten an diesem Tag mit einer Pressemitteilung an die Mitschuld der Regierungen Frankreichs und Großbritanniens sowie das Versagen der damaligen deutschen Bundesregierung. In Bosnien wurden am 11. Juli 613 Opfer des Massakers auf dem Gedenkfriedhof in Potocari bei Srebrenica beerdigt. Damit sind dort bis jetzt 5.137 Opfer beigesetzt (Stand Juli 2011). Bisher wurden die sterblichen Überreste von etwa 7.000 Opfern aus Massengräbern geborgen und 6.594 auch identifiziert.

Der Südosteuropareferentin der GfbV, Jasna Causevic, gelang es auch 2011, für **humanitäre Projekte** unseres Fördervereins für bedrohte Völker Finanzmittel einzuwerben. So kam Unterstützung von der Stiftung „Vielfalt der Kulturen“ (Göttingen) für die Arbeit einer Nähstube und einer Nähschule, in der Mitglieder der Frauensektion beim „Verband der ehemaligen Lagerhäftlinge, Kanton Sarajevo“ Beschäftigung finden. Dem Verband gehören 6000 Lagerhäftlinge an. Der Frauen-Sektion gehören mehr als 2 300 Mitglieder an. Es konnte ein Geschäft im historischen Kulturzentrum von Sarajevo eröffnet werden, in dem von ihnen selbst hergestellte Produkte verkauft werden.

Mit Presseerklärungen und Kommentaren begrüßten wir die Verhaftung der seit Jahren mit internationalen Haftbefehlen gesuchten **Kriegsverbrechern Ratko Mladic und Goran Hadžić** in Serbien. Mit dem Namen von Mladic wird für alle Zeit die Massenerschießung von 8.372 Jungen und Männern, unter ihnen auch mehr als 500 Frauen, in der ostbosnischen Drina-Stadt Srebrenica verbunden sein. Mladic muss sich wie Radovan Karadzic und der verstorbene Slobodan Milosevic u.a. auch für die Errichtung von Konzentrations- und

Internierungslagern wie Omarska, Manjaca, Keraterm, Trnopolje, Susica, Foca und Luka Brcko, in denen Tausende Häftlinge ermordet wurden, sowie für die systematischen Vergewaltigungen, die bis zu 20.000 bosnische Frauen erleiden mussten, verantworten. Dazu kommt die systematische Verhaftung und Ermordung der Angehörigen der akademischen und administrativen Eliten, die Vertreibung von etwa 2,2 Millionen Bosniern und deren Zerstreuung über vier Erdteile, das fast vierjährige Bombardement sogenannter UN-Schutzzonen (Tuzla, Gorazde, Srebrenica, Zepa, Sarajevo und Bihac), dem allein in Sarajevo 11.000 Einwohner der Stadt zum Opfer fielen, für die Massaker und Massenerschießung in zahlreichen Dörfern und Städten Nord-, West- und Ostbosniens, für die systematische Zerstörung von weit über 1.000 Moscheen und islamischen Heiligtümern. Hadžić war Präsident der selbsternannten Republik „Serbische Krajina“ (Teil Kroatiens) und einer der Hauptverantwortlichen für die Verbrechen in Vukovar, Knin, Regionen von Slavonija und Baranja.

Eine dreiköpfige Delegation der GfbV nahm Anfang Juni am **Kongress der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV)/ Federal Union of European Nationalities (FUEN)** in der Hauptstadt des österreichischen Bundeslandes Burgenland, Eisenstadt/ungarisch: Kismarton (Klein Martin)/kroatisch Željezno teil. Die FUEV, 1949 in Versailles gegründet, ist mit 86 Mitgliedsorganisationen in 32 europäischen Ländern der größte Dachverband der autochthonen, nationalen Minderheiten in Europa. Das GfbV-Generalsekretär Tilman Zülch, die Südosteuropareferentin Jasna Causevic und unser Repräsentant im Kosovo, Dzafer Buzoli, informierten auf dem Kongress über Roma in Europa, die Lage in Bosnien-Herzegowina, die Situation der Krimtataren und der christlichen Minderheiten in der Türkei. Zur Lage der Roma in Europa legten wir ein Positionspapier vor. Dzafer Buzoli berichtete im Rahmen der "best practices"-Reporte über die Lage der Roma im Kosovo und Ex-Jugoslawien.

Kosovo-Flüchtlinge

Als „Geste der Wiedergutmachung für Nazi-Verbrechen“ forderten wir 2011 ein Bleiberecht für Roma und Aschkali aus dem Kosovo, die vor Jahren in Deutschland Zuflucht gesucht haben und deren Kinder hier aufgewachsen sind. Auf das Schärfste protestierten wir gegen Abschiebungen. **Anlässlich des Welt-Roma-Tages am 8. April** erhoben wir in einer Pressemitteilung schwere Vorwürfe gegen deutsche Behörden: „Während die EU einen milliardenschweren Finanzierungsplan entwickelt hat, um Europas elendster Minderheit zu helfen, folgt Deutschland dieser Linie nicht, sondern tritt die Rechte von Roma-Kindern weiterhin mit Füßen.“ Wir beteiligten uns an der Pressekonferenz des Vereins „Asyl in der Kirche“ am Tag des Flüchtlings, den 30. September 2011, in Gladebeck bei Göttingen. Dort hatte ein junger Roma um **Kirchenasyl** gebeten. In unserer Pressemitteilung appellierten wir an Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundespräsident Christian Wulff, die Bundesinnenminister und –senatoren von Bund und Ländern sowie die Abgeordneten von Bund und Ländern, die **Flüchtlingskinder** in Deutschland zu schützen. Außerdem informierten wir auf mehreren internationalen Seminaren, Tagungen, Podiumsdiskussionen, Workshops und Vorträgen auch in unserem Victor-Gollancz-Haus über die Lage der Roma in Europa.

Am 7.12.2011 demonstrierten wir in der Nähe des Niedersächsischen Landtags in Hannover gegen die Flüchtlingspolitik und eine **inhumane und menschenrechtswidrige Abschiebepaxis des niedersächsischen Innenministers Uwe Schönemann**. „Kein Bleiberecht für Schönemann!“, stand auf einem unserer Transparente. Der Versuch der Opposition, eine Entlassung des Ministers unter anderem wegen seiner Flüchtlingspolitik voranzutreiben, scheiterte jedoch.

Finanziert von der GfbV-Schweiz dokumentiert **im Kosovo vor Ort** unser Repräsentant Dzafer Buzoli die Lage der Minderheiten der Roma, Aschkali und Kosovo-Ägypter. Er ist außerdem Ansprechpartner für internationale Medien, die im Kosovo recherchieren, und für offizielle Vertreter der Bundesregierung. Er macht intensive Lobbyarbeit für Minderheiten, beobachtet die Rückführungen der Roma-Flüchtlinge aus Westeuropa in den Kosovo.

„Wolfskinder“

Mitte Mai bereiteten wir **34 ostpreußischen „Wolfskindern“ aus Litauen** drei schöne Tage in Göttingen, Hann.Münden und Umgebung sowie Duderstadt. Nach der Zerstörung Königsbergs und seiner Umgebung im Zweiten Weltkrieg hatten sie verwaist in den Trümmern überlebt und waren meist in Güterzügen nach Litauen geflohen und bei human gesinnten Bauernfamilien aufgewachsen. Die „Wolfskinder“, die keine Angehörigen in Deutschland ausfindig machten und in Litauen geblieben sind, haben keine deutschen Pässe. Sie haben kaum genug zum Leben. Wir organisierten mit den Wolfskindern einen öffentlichen Abend im schönen Saal des Alten Rathauses von Göttingen, einen Fahrt an die Weser und ins Eichsfeld. Den Göttinger Gastfamilien, die die Wolfskinder für zwei Nächte aufgenommen haben, gilt unser besonderer Dank. Die Berichterstattung über diesen Besuch weckte die Aufmerksamkeit von Journalisten, Historikern und Geschichtsstudierenden für die „Wolfskinder“ in ganz in Europa. Die GfbV pflegt weiterhin eine enge Kooperation mit dem Verein der Wolfskinder "Edelweiß" und seiner Vorsitzenden Luise Kazukauskiene, geb. Quitsch, in Vilnius (Litauen).

GUS/Osteuropa

Im Berichtszeitraum entstand auf Initiative unserer Mitarbeiterinnen im Berliner Büro ein umfassender Report zur Lage der **tschetschenischen Flüchtlinge in Polen**. Zahlreiche Flüchtlingsunterstützungsorganisationen, Rechtsanwälte und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nehmen bis heute darauf Bezug. Dieser Report war auch Grundlage für viele Beratungsgespräche in Einzelfällen von Flüchtlingen aus Tschetschenien. Die Lage im Nordkaukasus gab weiter Anlass zu großer Sorge und wurde von der GfbV beobachtet und dokumentiert. In Briefen an EU-Parlamentarier und den Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung machten wir auf einzelne Fälle von schweren Menschenrechtsverletzungen aber auch auf die **Verfolgung von Menschenrechtsverteidigern** z.B. von Bachrom Chamrojew, einem Anwalt und Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisationen Memorial, aufmerksam.

Auch die Situation der **indigenen Gruppen in der Russischen Föderation** bereitete uns Sorgen. Sie geraten immer mehr ins Abseits und werden von Öl- und Gasunternehmen

verdrängt. Dabei ging es uns besonders um die Nenzen auf der Jamal-Halbinsel. Diese letzten halbnomadisch lebenden Rentierzüchter können ihre Lebensweise nicht mehr aufrecht erhalten, da Pipelines ihr Land durchziehen und so die Rene nicht mehr ihre gewohnten Wanderrouten zurücklegen können. Dafür ist maßgeblich auch die deutsche Nordstream Pipeline verantwortlich. In Presseerklärungen und Briefen machten wir auf die Folgen der Gasförderung aufmerksam. Wir freuten uns über einen Telefonanruf aus der Nordstream Zentrale, das zeigte, dass unsere Aktionen auch in den Chefetagen des Konsortiums wahrgenommen wurden.

Verschiedenes

Vertretung der GfbV – mit Dr. Kajo Schukalla - bei den Sitzungen des Forums Menschenrechte in Berlin; bei den Sitzungen der Niedersächsischen Fachkonferenz für Flüchtlingsfragen in Hannover, des SPD-Gesprächskreises Menschenrechte im Willy-Brandt-Haus in Berlin unter Leitung von Prof. Dr. Herta Däubler Gmelin. Zudem formulierten wir für von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge Petitionen für Härtefallkommissionen, erstellten Gutachten für Rechtsanwälte und berieten viele Flüchtlinge, die bei uns Hilfe suchten.

Naher Osten

Der Arabische Frühling - Die Situation der Minderheiten

Haben ethnische und religiöse Minderheiten im Zuge der „Arabischen Revolutionen“ die Chance mehr Toleranz und Pluralismus zu erfahren? Das **Sonderheft bedrohte Völker – pogrom** mit dem Titel „Arabischer Aufbruch – Freiheit für Minderheiten“ sowie eine große Anzahl von Vorträgen, die 2011 unser Nahostreferenten Dr. Kamal Sido in vielen Städten hielt, befassten sich detailliert mit dieser Frage. So diskutierten auch auf einer **Podiumsdiskussion** im Rahmen unserer Jahreshauptversammlung im November unter anderem eine kurdische Frauenrechtlerin, ein mauretanischer Anti-Sklaverei-Aktivist und der Generalbischof der koptischen Kirche über die aktuelle Lage der Minderheiten in der „arabischen Welt“. Sie können als die „Verlierer des arabischen Frühlings“ bezeichnet werden, da sie in der Gefahr sind, zwischen die Fronten der Auseinandersetzungen zu geraten. Dies thematisierte auch der kurdische Imam, Scheich Murshid al Khaznawi, der schon im Februar bei einer GfbV-Hausveranstaltung Referent gewesen war und auf unserer Mitgliederversammlung über die Rolle des Islam nach der Revolution und den Konflikt der Religionen speziell in Syrien sprach. Wie gefährlich die Situation der Christen in Ländern der „arabischen Welt“ ist, machte Kamal Sido auf mehreren **Informationsveranstaltungen** u.a. in Soest, Worms und Marburg deutlich.

Syrien

Vor dem Hintergrund des gewaltsamen Vorgehens syrischer Sicherheitskräfte gegen friedliche Demonstranten appellierte die GfbV immer wieder an Außenminister Guido Westerwelle, das 2008 zwischen Deutschland und Syrien geschlossene **Rückübernahmeabkommen aufzuheben** und die Abschiebungen von Kurden, Yeziden und Christen in die Arabische Republik Syrien auch ganz offiziell und in aller Form auszusetzen. Außerdem forderte die GfbV bei bundesweiten Demonstrationen unter anderem in Berlin, Hannover und Köln unter dem Motto „Die friedliche Demokratiebewegung darf nicht niedergeschlagen werden“, dass die Sanktionen gegen das syrische Regime verschärft werden und der syrische Botschafter aus Deutschland ausgewiesen wird.

Bei einem Gespräch mit dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Markus Löning, und Vertretern von ethnischen und religiösen Minderheiten, baten wir die deutsche Bundesregierung, sich für ein Ende der Gewalt in Syrien einzusetzen. Wir appellierten an die Bundesregierung sich gemeinsam mit anderen westlichen Ländern schon jetzt zum zukünftigen Status Syriens zu äußern. Es sollte nur ein demokratisches, laizistisches, föderales System unterstützt werden, das die sprachlichen, kulturellen und administrativen Rechte der Minderheiten garantiert, forderte die GfbV.

Welche **Zukunftsperspektiven Kurden und andere Minderheiten** in Syrien nach dem Beginn des Volksaufstands haben, wurde sowohl bei Informationsveranstaltungen der GfbV in Bielefeld und Herne als auch auf einer von der GfbV organisierten Konferenz in Göttingen diskutiert. Die Konferenz, zu der Vertreter der syrisch-kurdischen Organisationen, Repräsentanten der syrischen Kurden in Deutschland, Menschenrechtler und Politiker eingeladen waren, hatte das Ziel, verschiedene Meinungen zur derzeitigen Lage Syriens

auszutauschen und zu überlegen, wie dort die Rechte der Kurden, Yeziden, Assyro-Aramäer und Christen gesichert werden können. Die in den Gesprächen erarbeiteten Forderungen an die syrische Regierung sowie an die Bundesregierung können in der Abschlussresolution nachgelesen werden.

Die **inhaftierten syrisch-kurdischen Menschenrechtler** Maschal Tamo und Mustafa Ismail wurden am 3. Juni 2011 freigelassen. Die Nachricht, dass Tamo wenige Wochen später im Zusammenhang mit den Aufständen von Unbekannten ermordet wurde, traf uns tief. Mustafa Ismail hat inzwischen ein wichtiges Amt in der syrisch-kurdischen demokratischen Opposition übernommen. Die GfbV, die mit beiden viele Jahre zusammengearbeitet hatte, hatte sich für ihre Freilassung mit Petitionen und Appellen engagiert.

Türkei

Der Generalvikar des armenischen Bischofs, Seropve Isakhanyan, gab bei einer Veranstaltung in unserem Victor-Gollancz-Haus für Menschenrechte in Göttingen einen Einblick in die aktuelle **Situation der armenischen Christen** in der Türkei und zeigte Möglichkeiten der Aufarbeitung des Völkermords an den Armeniern 1915 auf, um eine Annäherung zwischen Türken und Armeniern zu erreichen. Bei einer Demonstration in Frankfurt forderte die GfbV „Glaubensfreiheit in der Türkei“, welche auch wesentliche Voraussetzung für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei ist. Zu einem möglichen EU-Beitritt informierten wir auf einer Vortragsveranstaltung in Kronach.

Im Juli machte sich GfbV-Nahostreferent Dr. Kamal Sido bei einer zehntägigen **Reise durch die Türkei** ein Bild über die Situation der Minderheiten. Er besuchte unter anderem ein Flüchtlingslager für syrische Flüchtlinge in der Provinz Hatay, nahm an einer Mahnwache für den Erhalt des assyrisch-christlichen Klosters Mor Gabriel bei Mardin teil und sprach mit den neu ins türkische Parlament gewählten Kurden. Auch eine Mahnwache mit den „Samstagsmüttern von Diyarbakir“ wurde durchgeführt. Die kurdischen Mütter fordern, dass das Schicksal von 17.000 Menschen, die in der Türkei „heimlichen Morden“ zum Opfer fielen und verschwanden, aufgeklärt wird.

Die etwa 15 Millionen Kurden in der Türkei sind vom türkischen Staat in der Ausübung ihrer Kultur und Sprache eingeschränkt und werden Opfer von Willkürjustiz. Viele von ihnen kommen als Flüchtlinge nach Deutschland. „Kurdsinnen und Kurden in Deutschland“ war dann auch das Thema einer **im Hessischen Landtag organisierten Konferenz** mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Hessens, Jörg-Uwe Hahn, auf der auch die GfbV zu Wort kam.

Von unseren **Infoblättern** zur Lage der christlichen Assyrer/Aramäer in Tur Abdin, der Yeziden sowie der Aleviten druckten wir je 10.000 Stück, um sie bundesweit zu verteilen. Auch auf diesem Weg informieren wir die interessierte Öffentlichkeit über staatliche Repressionen und gesellschaftliche Verfolgungen, denen Angehörige dieser Glaubensgemeinschaften ausgesetzt sind.

Iran

Vor voll besetztem Saal unseres Victor-Gollancz-Hauses gab die **Frauenrechtlerin Parnvaneh Gorishi** einen Überblick über die Entwicklung der Frauenrechte und Geschlechterrolle im Iran bis heute. Sie machte darauf aufmerksam, dass sich hunderte Frauen jedes Jahr selbst umbringen oder auch vom Regime umgebracht werden. Aber auch auf Schriftsteller und Menschenrechtler werden ins Visier genommen, wie wir durch eine **Kundgebung** gegen die geplante Hinrichtung des politischen Gefangenen Sherko Moarefi und durch Appelle für die Freilassung des kurdisch-iranischen Schriftstellers Ali-Reza Sepahi Laeen herausstellten.

Unser Einsatz für die **religiöse Gemeinschaft der Bahà'ì** setzte sich auch 2011 fort. Wir informierten unter anderem in Magdeburg, Marburg und in Hamburg über „Diffamierung und Verfolgung der Bahà'ì“ durch das iranische Regime. In Newslettern protestierten wir gegen die Hinrichtungen und forderten die Freilassung von politischen Gefangenen.

Irak

Wolfgang Thierse, Vizepräsident des Deutschen Bundestags, sowie der irakische Botschafter in Deutschland, Vertreter der kurdischen Regionalregierung, ein Mitglied des irakischen Parlaments in Bagdad, der Bischof der katholischen Kirche Kurdistans, Mitglieder deutscher Parteien, der deutschen Bischofskonferenz und des Kirchenrats der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland zählten zu den zahlreichen, namhaften Teilnehmern der **Konferenz „Hilfe für Christen im Irak“**. Die von der GfbV mitorganisierte Veranstaltung fand im Januar in Berlin statt und thematisierte die Verfolgung und den Exodus der Christen aus dem Irak, für die Vertreibung, Mord und Angst zum Alltag gehören. Auf der Konferenz wurden auch konkrete Hilfsmaßnahmen wie die Errichtung von Brunnen und der Aufbau von medizinischer Versorgung sowie Bildungseinrichtungen diskutiert.

Der christlich-assyrische Priester Pater Emanuel Youkhanna gab mit seinem Vortrag bei der GfbV in Göttingen Einblicke in seine Religion und schilderte authentisch die Situation seiner Glaubensgemeinschaft im Irak. Die **christlichen Assyrer/Aramäer**, die Bürger zweiter Klasse sind und tagtäglich gewaltsamen Übergriffen fürchten müssen, kämpfen um ihr Überleben als Glaubensgemeinschaft. Ein ähnliches Schicksal erfahren die Yeziden, informierten wir mit Vorträgen in Pforzheim und in Troisdorf.

23 Jahre nachdem die kurdische Stadt **Halabja** von irakischen Flugzeugen mit Nerven- und Giftgas bombardiert wurde, erinnerte die GfbV mit einer Mahnwache, einem Vortrag und einer Podiumsdiskussion in Bremen an die mehr als 12.000 Menschen, die durch diese Angriffe ums Leben kamen oder dauerhafte Gesundheitsschäden davontrugen. Der amtierende Bürgermeister von Halabja schilderte auf der Veranstaltung die damaligen Verbrechen der irakischen Armee und die aktuelle Lage der Überlebenden.

AFRIKA

Ägypten

Die **schwierige Lage der christlichen Kopten** bildete einen Schwerpunkt unserer Nordafrika-Arbeit im Jahr 2011. Mit 21 Presseerklärungen machten wir auf akute Menschenrechtsverletzungen an Kopten in Ägypten aufmerksam und forderten eine konsequente Bestrafung der Verantwortlichen. Unsere Kopten-Arbeit stieß auf breites Interesse in deutschen und internationalen Medien. Auch führende Bundestagsabgeordnete, wie Volker Kauder, griffen unsere Informationen auf und drängten die ägyptischen Behörden auch öffentlich, Menschenrechte der religiösen Minderheit zu respektieren.

So forderten wir nach dem blutigen Bombenanschlag auf die voll besetzte Kathedrale in Alexandria, bei dem in der Neujahrsnacht 23 Gläubige getötet und 170 Kopten verletzt wurden, eine rückhaltlose Aufklärung der Hintergründe des Terrorangriffs. Auf einer GfbV-Pressekonferenz in Hannover berichteten der koptische Erzbischof Anba Damian und der Diakon Dr. Minas Seif über die Schreckensnacht. Der Diakon war in der Kathedrale, als die Sprengladung explodierte und hatte als gelernter Chirurg Verletzte betreut. Mehrfach verlangten wir, Hinweisen auf eine Verstrickung des ägyptischen Geheimdienstes in das Attentat nachzugehen. Schließlich erstattete sogar die Koptische Kirche Anzeige gegen den Innenminister und den Generalstaatsanwalt, weil die Ermittlungen verschleppt wurden.

Als Zeichen gegen die Gewalt radikaler Islamisten forderten wir Ägyptens Regierung auf, Kopten endlich als gleichberechtigte Bürger anzuerkennen. Doch Staatspräsident Hosni Mubarak leugnete noch kurz vor seinem Sturz die Diskriminierung der Christen. Anfang Februar machten wir auf ein Massaker in Mittel-Ägypten aufmerksam, bei dem elf Kopten getötet worden waren. Dringend verlangten wir mehr Schutz für die religiöse Minderheit. Doch die religiös und politisch motivierten Morde hielten an. So wurde in Oberägypten ein Priester ermordet. Ausführlich dokumentierten wir die Übergriffe. So berichteten wir am 24. Februar über einen Angriff von Soldaten auf ein koptisches Kloster. Am 9. März zogen wir eine erste Bilanz: Seit Januar 2011 waren mindestens 39 Kopten Opfer religiös motivierter Gewalt geworden und drei Kirchen waren niedergebrannt worden. Bis zum Mai 2011 hatte sich die Zahl der koptischen Gewaltopfer bereits auf 49 erhöht.

Um auf die alarmierende Lage der Kopten aufmerksam zu machen, organisierten wir zweimal Demonstrationen in Düsseldorf für Glaubensfreiheit und für ein Ende der Christen-Verfolgung. In Ägypten engagierten sich viele, vor allem junge Kopten in der Demokratiebewegung. Leider mussten wir mehrfach berichten, wie Polizei und Armee ihre Proteste für einen säkularen Staat blutig niederschlugen. So wurden 25 Demonstranten getötet, als Soldaten am 9. Oktober 2011 vor der Maspero genannten Zentrale der staatlichen Medien das Feuer auf protestierende Kopten eröffneten. Politiker und Regierungen in aller Welt forderten wir in Appellen auf, sich dafür einzusetzen, dass die Verantwortlichen des Maspero-Massakers zur Rechenschaft gezogen werden. Inzwischen wurden zumindest zwei Soldaten zu Haftstrafen verurteilt und auch Ermittlungen gegen führende Militärs eingeleitet. Angesichts des brutalen Vorgehens der Armee hatten wir eine Aussetzung der deutschen Ausbildungshilfe für ägyptische Offiziere und einen deutlichen Protest der Bundesregierung gefordert. Nachdrücklich verlangte die Bundesregierung daraufhin die Behörden in Kairo auf, keine Gewalt gegen friedliche Demonstranten

anzuwenden. Außerdem konnten wir dazu beitragen, dass 27 koptische Demonstranten freigelassen wurden, die vor Militärgerichte gestellt und so von den neuen Machthabern zum Täter gemacht werden sollten.

Schon früh warnten wir vor einer Zunahme gewalttätiger Übergriffe radikaler Salafisten gegen Kopten und liberale muslimische Sufis, u.a. im Gespräch mit Bundestagspräsident Norbert Lammert, der im Juni das koptisch-orthodoxe Kloster bei Höxter besuchte. Salafisten profitierten von der Liberalisierung des Demonstrationsrechts nach dem Sturz Mubaraks und schürten Konflikte zwischen Muslimen und Christen. Mit Mahnwachen und Protesten gegen Kirchen-Neubauten oder -Renovierungen machten die Salafisten im Wahlkampf auf sich aufmerksam und präsentierten sich als die vermeintlich wahren Hüter des Islam. Mindestens 16 Moscheen, Heiligenschreine und Gräber des Sufi-Ordens wurden von ihnen im März 2011 in Alexandria angegriffen.

Vor den Weihnachtsfeiertagen, an denen seit Jahren die Gewalt gegen Christen eskaliert, forderten wir die ägyptischen Behörden auf, den Schutz christlicher Einrichtungen zu verstärken. Dank verschärfter Sicherheitsvorkehrungen verlief das Weihnachtsfest friedlich.

Mit dem Sturz des Mubarak-Regimes nahmen auch die Proteste der **ethnischen Minderheit der Nubier** in Oberägypten zu. Im November 2011 machten wir mit einer Presseerklärung auf diese neue Konfliktregion aufmerksam. Viele Nubier verlangen eine Rückkehr in ihre alten Siedlungsgebiete entlang des Nils, aus denen sie für den Bau des Assuan-Staudamms in den 50er-Jahren zwangsumgesiedelt worden waren. Inzwischen haben die neuen Machthaber zugesagt zu prüfen, wie sie den Forderungen der Nubier entgegenkommen können.

In mehreren Presseerklärungen warnten wir, die Sinai-Halbinsel gleiche einem Pulverfass. Denn vor allem **im Nordsinai verelenden die Beduinen** immer mehr. Unter Mubarak wurden sie pauschal als „Terroristen“ verunglimpft. Nach Anschlägen auf das benachbarte Israel wurden mehrere tausend Beduinen willkürlich verhaftet. Immer wieder kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Polizisten und Verwandten der Inhaftierten, die die Freilassung ihrer Angehörigen verlangten. Nach dem Sturz Mubaraks warnten wir erneut: Ohne Menschenrechte für Beduinen gebe es keinen dauerhaften Frieden auf dem Sinai. Die „Berliner Zeitung“ und viele andere Medien berichteten. Dass wir Recht behalten sollten, wurde 2012 deutlich, als radikale Islamisten mit Terroranschlägen auf die israelisch-ägyptische Grenze weltweit für Aufsehen sorgten. Dringend forderten wir mehr Entwicklungsbemühungen im Nord-Sinai, um den verarmten Beduinen Alternativen zum Schmuggel mit Gütern und Menschen zu bieten. Denn auch Beduinen sind in den Menschenhandel mit afrikanischen Flüchtlingen an der ägyptisch-israelischen Grenze verstrickt, bei dem skrupellose Schlepper Flüchtlinge vergewaltigen, erpressen und ihnen gewaltsam Organe entnehmen lassen. Nach einer weiteren Zunahme der Gewalt hat Ägyptens neue Regierung 2012 den Dialog mit den Beduinen gesucht, viele inhaftierte Ureinwohner freigelassen und mehr Entwicklungshilfe zugesagt.

Libyen

Libyens nicht-arabische Volksgruppen und **das Schicksal afrikanischer Migranten** standen im Mittelpunkt unserer vielfältigen Aktivitäten zu Libyen nach dem Beginn der Revolte gegen Diktator Muammar al Gaddafi. In 19 Presseerklärungen machten wir auf die schwierige Lage von Berbern, Tuareg, Toubou und afrikanischen Flüchtlingen aufmerksam. In Dutzenden Interviews mit Radio und Fernsehen erläuterten wir die Hintergründe des Aufbegehrens der nicht-arabischen Völker. Manche Radiosender baten jeden Tag um Interviews, um die dramatischen Entwicklungen zeitnah erläutert zu bekommen. Dabei betonten wir immer wieder unsere schon seit langem erhobene Forderung, das Regime in Libyen international zu ächten und Sanktionen zu verhängen. Am 21. Februar 2011 wurde Libyen vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen suspendiert. Das hatten wir mit Blick auf die Menschenrechtsverletzungen unter der Herrschaft Gaddafis bereits 2010 verlangt. Den Regierungen Österreichs und Italiens warfen wir Scheinheiligkeit vor, weil sie das bedrängte Gaddafi-Regime bis zuletzt mit ihren Öl-Importen stützten und forderten einen sofortigen EU-weiten Einfuhrstopp. Angesichts massiven öffentlichen Drucks mussten Italien und Österreich schließlich der Ausweitung der EU-Sanktionen zustimmen, auch Strafmaßnahmen gegen die Libysche Zentralbank und die Investmentbehörde.

Wir kritisierten die Enthaltung Deutschlands, als im März 2011 im Weltsicherheitsrat über eine militärische Intervention in Libyen beraten wurde. Denn dort spitzte sich die Lage von Berbern und Tuareg zu. Die Berber-Städte westlich von Tripolis wurden von Gaddafis Truppen zusammengeschossen. Mehrfach mussten wir Hilferufe von eingeschlossenen Berber-Gemeinschaften verbreiten. Da viele Berber den Kampf gegen das Gaddafi-Regime aktiv unterstützten, genießen sie heute hohes Ansehen im demokratischen Libyen.

Als Medien warnten, der bedrängte Diktator lasse sich von Söldnern aus Afrika schützen, gerieten **die nicht-arabischen Volksgruppen wie Tuareg, Toubou und afrikanische Flüchtlinge** unter Druck. Schon in Gaddafis Libyen hatten Nicht-Araber unter Rassismus zu leiden, Darau wiesen wir mehrfach hin. In den Vorjahren hatten wir deshalb bereits schriftliche Eingaben gegen Libyen bei UN-Menschenrechtsrat eingereicht. In Interviews und Presseerklärungen warnten wir davor, Tuareg und Toubou pauschal der Unterstützung Gaddafis zu bezichtigen.

Besonders tragisch war die Lage der Toubou im Südosten des Landes. Unter Gaddafi ausgebürgert, waren sie jetzt in Lebensgefahr. Denn aufgrund ihrer Hautfarbe galten sie alle als Söldner seiner geheimen Schutztruppe. In Interviews, Presseerklärungen und Artikeln für deutsche und österreichische Zeitungen wiesen wir auf das Schicksal der Toubou hin.

Die **Berber** baten wir, sich für mehr Rechte für die nicht-arabischen Volksgruppen in einem demokratischen Libyen einzusetzen. Die Tuareg nutzten die Chance und gründeten Vereine und Kulturorganisationen, um ihre Interessen gegenüber der arabischen Mehrheit zu vertreten. Auch die Berber erhoben Forderungen nach Anerkennung ihrer Kultur und Sprache, zeigten sich jedoch enttäuscht von der mangelnden Unterstützung ihrer einstigen Bündnispartner, die wie Gaddafi nur die Vision eines arabischen und islamischen Libyen haben.

Tunesien

Der Aufstand gegen die alten Machthaber in Nordafrika begann in Tunesien und richtete sich nicht nur gegen die Vetternwirtschaft von Diktator Ben Ali, sondern auch gegen seine Assimilationspolitik, erklärten wir in Pressemitteilungen und Interviews. Obwohl rund zehn Prozent der Bevölkerung **Berber** sind, war ihre Existenz nicht anerkannt, sie hatten keine Rechte als eigenständige Bevölkerungsgruppe. Systematisch betrieb der Diktator die Arabisierung. Es war gesetzlich vorgeschrieben, dass Kinder gemäß arabischen und islamischen Werten erzogen werden müssen. Kinder von Berbern durften keine traditionellen Berber-Namen tragen, im Schulsystem sowie im kulturellen Leben wurden die Ureinwohner Nordafrikas ignoriert. Nachdrücklich forderten wir die neue Führung Tunesiens auf, die Rechte der Berber anzuerkennen. Viele von ihnen nutzten später die neuen Freiräume und gründeten Kulturorganisationen.

Algerien

Auch in Algerien gähte es im Frühjahr 2011. In Pressemitteilungen protestierten wir gegen die Unterdrückung der Demokratiebewegung, die auch hier vor allem von den Berbern, insbesondere den **Kabylern**, getragen wird. Mehr als 30.000 Polizisten sperrten am 12. Februar 2011 das Stadtzentrum der Hauptstadt Algier ab, um geplante Proteste zu verhindern. Mit Knüppeln gingen sie gegen Demonstranten vor, die es trotz Verbot wagten, öffentlich ihre Kritik zu äußern. Wir forderten daraufhin die Europäische Union auf, gegen die Verletzung der Demonstrationfreiheit zu protestieren. Außenminister Guido Westerwelle kritisierte später öffentlich das harsche Vorgehen der Sicherheitskräfte.

Wir erinnerten an den tragischen Tod von 127 kabyllischen Demonstranten, die zehn Jahre zuvor während des „Schwarzen Frühjahrs“ von Polizisten erschossen worden waren. In Algerien herrsche ein Klima der Gewalt und Straflosigkeit, klagten wir an, da bisher niemand für die Bluttat zur Rechenschaft gezogen wurde. Auch warnten wir Algeriens Behörden mit allem Nachdruck, nicht erneut wahllos Gewalt gegen friedliche Demonstranten anzuwenden.

Mehrfach forderten wir die deutsche Bundesregierung auf, sich mehr für Menschenrechte in Algerien einzusetzen. Scharf kritisierten wir, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem letzten Treffen mit Algeriens Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika im Dezember 2010 die Menschenrechte noch nicht einmal erwähnt hatte. Dabei gilt Bouteflikas regierende Front de Libération Nationale (FLN) als mitverantwortlich für den gewaltsamen Tod von 120.000 Menschen während des Bürgerkrieges 1991 bis 2001 sowie für das Verschwinden von 20.000 Algeriern. Auch wandten wir uns gegen den Verkauf deutscher Kriegsschiffe an Algerien.

Westsahara

Der Westsahara-Konflikt gilt als einer der ältesten Krisenherde in Afrika. Noch immer hält Marokko die ehemalige spanische Kolonie völkerrechtswidrig besetzt. Nach der Absage neuer Friedensgespräche mit der sahrauischen Freiheitsbewegung Polisario warnten wir vor dem Zusammenbruch des seit 1991 bestehenden Waffenstillstands. Wir warfen Marokko

vor, jeden konstruktiven Dialog zu verweigern, um die Annexion der rohstoffreichen Westsahara zu vollenden. Dringend forderten wir mehr internationale Friedensbemühungen, um einen erneuten Ausbruch von militärischen Auseinandersetzungen zu verhindern.

Auch warnten wir vor neuen Gefahren für die **165.000 Flüchtlinge in Südalgerien**. Denn die radikal islamische Terrorbewegung El Kaida im Maghreb (AQMI) dehnte ihr Operationsgebiet in der Sahara immer weiter aus und entführte drei Mitarbeiter spanischer Hilfsorganisationen. Sollte AQMI nicht eingedämmt werden können, dürfte die humanitäre Versorgung der sahraischen Flüchtlinge immer schwieriger werden.

Tuareg in der Sahara

Vor den Folgen einer **Zuspitzung der Sicherheitslage in der Sahara für die Tuareg** warnten wir in mehreren Pressemitteilungen. Mit Sorge verfolgten wir, dass die Regierungen Malis, Nigers, Mauretaniens und Algeriens im Mai 2011 beschlossen, 75.000 Soldaten für den Kampf gegen die radikal-islamische Terrorbewegung AQMI zu mobilisieren. Den Tuareg und anderen in der Sahara lebenden Volksgruppen drohe bei einer Ausweitung des Antiterror-Krieges große Gefahr, da Soldaten willkürlich auch gegen Zivilisten vorgingen. Bereits mehrfach waren unbeteiligte Tuareg von Hubschraubern beschossen worden, weil man sie irrtümlich für AQMI-Kämpfer gehalten hatte. Wir erinnerten daran, dass auch die bislang eingesetzten 10.000 Soldaten nicht dazu in der Lage gewesen seien, die 300 AQMI-Kämpfer einzudämmen. Denn führende Offiziere aller vier Staaten seien in den Handel mit Waffen, Drogen und Menschen verstrickt und machten illegale Geschäfte auch mit AQMI. Wie berechtigt unsere Warnung war, wurde 2012 deutlich, als radikale Islamisten aufgrund mangelnder Moral und Unfähigkeit der Armee zwei Drittel von Mali besetzen konnten und dort ein Terrorregime errichteten, das die Zivilbevölkerung in Angst und Schrecken versetzt.

Sudan / Südsudan

Der anhaltende **Bürgerkrieg in den Nuba-Bergen** und in der Provinz Blauer Nil, das ungeklärte **Schicksal von zwei Millionen Überlebenden des Genozids** in Darfur und die zunehmenden Konflikte zwischen Nord- und Südsudan sowie die starke Zunahme von ethnischen Konflikten innerhalb des Südsudan bildeten auch 2011 einen Schwerpunkt unserer Afrika-Arbeit. Mit Veranstaltungen im Deutschen Bundestag, Hintergrundgesprächen mit Parlamentariern und dem Auswärtigen Amt sowie mit Demonstrationen und Mahnwachen mobilisierten wir Unterstützung für das **Referendum im Südsudan**, bei dem sich im Januar 2011 nahezu 99 Prozent der Bevölkerung für die Unabhängigkeit aussprachen, die dem Südsudan dann am 9. Juli gewährt wurde. Viele Südsudanesen dankten der GfbV wie beispielsweise Leeth Amour: „Vielen Dank für die vielen Jahre des Engagements der Gesellschaft für bedrohte Völker für den Südsudan! Es ist ein herrliches Gefühl in der Stunde des größten Triumphes denen danken zu dürfen, die unablässig dem südsudanesischen Volk beiseite standen. Viel Glück und Kraft bei den momentanen und zukünftigen Anstrengungen für ähnlich positive Ergebnisse wie in der Sache der Südsudanesen!“ Wir erinnerten am Unabhängigkeitstag mit einer Kranzniederlegung in der Neuen Wache in Berlin an die Millionen Opfer des Völkermords im

Südsudan und forderten eine umfassende Friedensregelung für alle Konflikte im Sudan. In mehr als 18 Presseerklärungen wiesen wir auf anhaltende Menschenrechtsverletzungen im Sudan/Südsudan hin. Scharf kritisierten wir das Desinteresse der internationalen Gemeinschaft an der katastrophalen Lage in Darfur, wo es acht Jahre nach Beginn des Genozids noch immer keine Sicherheit für Zivilisten gab. Mit einer E-Mail-Kampagne setzten wir uns für freien Zugang von humanitären Helfern zu den umkämpften Nuba-Bergen ein.

Mauretanien

Auch der **Kampf gegen die Sklaverei in Mauretanien** bildete einen Schwerpunkt der Arbeit des Afrikareferates. Bis zu 500.000 Schwarzafrikaner der Volksgruppe der Haratin sind versklavt. Und dies, obwohl Sklaverei auch in Mauretanien offiziell verboten ist und sogar unter Strafe steht. Doch wer sich im Land gegen die Sklaverei einsetzt, wird verfolgt. Mehrmals wurden mauretanische Aktivisten verhaftet, mehrmals konnten wir erreichen, dass sie nach relativ kurzer Zeit wieder freigelassen wurden. Mauretanische Menschenrechtler bieten Sklaven Rechtsbeistand, begleiten sie zur Polizei, wenn sie Anzeige gegen ihre „Besitzer“ erstatten wollen, und machen durch friedliche Demonstrationen Druck auf die Sklavenhalter und Politiker.

Im Januar standen sechs Menschenrechtler, unter ihnen der Vorsitzende unserer Partnerorganisation IRA (Initiative für die Wiederbelebung der Abschaffungsbewegung), Biram Dah Abeid, in der mauretanischen Hauptstadt Nouakchott vor Gericht, nachdem sie öffentlich gegen die Versklavung von zwei minderjährigen Mädchen protestiert hatten. Sie wurden zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Wir machten in Pressemitteilungen und Interviews auf den Unrechtsprozess aufmerksam, baten u.a. UN-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay und westliche Botschaften in Nouakchott, sich für die Freilassung der Menschenrechtler einzusetzen. Am 15. Februar wurden der durch seine Haft gesundheitlich angeschlagene Biram Dah Abeid und zwei seiner Mitstreiter aus dem Gefängnis entlassen.

Wir luden Biram Dah Abeid ein, unseren Mitarbeiter im Afrika-Referat, Hanno Schedler, zum Africa-Festival in Würzburg zu begleiten und dort über die Menschenrechtslage in Mauretanien zu informieren. In unserem Berliner Büro organisierten wir für ihn ein Pressegespräch. Wir vereinbarten für ihn einen Termin mit der Abteilungsleiterin für Nordafrika. Sie versprach Biram Unterstützung durch die deutsche Politik. Ein großer Fortschritt: Ihr Vorgänger hatte vor elf Jahren abgestritten, dass es in Mauretanien noch Sklaverei gibt.

Aichettou Abdallahi, eine mauretanische Menschenrechtlerin und Mitarbeiterin der mauretanischen Organisation „SOS Sklaven“, informierte im Rahmen ihres mehrmonatigen Praktikums bei uns in einer Veranstaltung im August über die Lage von Sklaven und Menschenrechtlern in ihrem Land. Mehrere Radiostationen interviewten sie über ihre Arbeit.

Als im September erneut Anti-Sklaverei-Aktivisten verhaftet wurden, appellierten wir wiederum an Politiker im In- und Ausland, sich für sie einzusetzen. Mit Erfolg: Innerhalb weniger Tage wurden sie freigelassen. Die Verleihung des Weimarer Menschenrechtspreises

an Biram Dah Abeid und die Arbeit der IRA am Tag der Menschenrechte (10. Dezember) in Weimar brachte das Thema „Sklaverei in Mauretanien“ erneut in die Öffentlichkeit. Die GfbV hatte den Menschenrechtler für den Preis vorgeschlagen. Kurz vor seiner Reise nach Deutschland war er nur knapp einem Mordanschlag entgangen. Mehrere tausend Sklaven kamen 2011 durch das Engagement der IRA frei.

Verschiedenes

Bei Gesprächen im Auswärtigen Amt, in Fernseh- und Radio-Interviews sowie mit mehr als einem Dutzend Pressemitteilungen forderten wir einen besseren Schutz der Zivilbevölkerung im umkämpften **Somalia**. Die Bedrohung indigener Völker durch **Landraub in Äthiopien** machten wir zum Thema im Deutschen Bundestag. Wir wirkten bei parlamentarischen Anfragen mit und sorgten dafür, dass diese Frage auch beim Besuch von Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel in Äthiopien erörtert wurde. Wir regten Reportagen über Landraub im Fernsehsender arte an, die große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit fanden. Für die von Landraub und Hunger bedrohten **Nomaden in Ostafrika** verlangten wir mehr Hilfe. Wir machten auf das Schicksal bedrängter Christen in Nigeria aufmerksam. Scharf kritisierten wir den von der Bundesregierung geplanten Export von Patrouillenbooten nach Angola, da die Schiffe für militärische Transporte in die umkämpfte ölfreiche Exklave **Cabinda** genutzt werden könnten. Bei der von Deutschland mit Angola vereinbarten Energiepartnerschaft forderten wir, dass auch Menschenrechtsfragen nicht ausgegrenzt werden dürfen. Als wir einen Hilferuf von **Ruandas Batwa-Ureinwohner** veröffentlichten, weil ihre traditionellen Häuser im Rahmen eines Armutsbekämpfungsprogramms von den Behörden niedergerissen wurden, bot die ruandische Botschafterin in Deutschland ihre Hilfe an, so dass verschiedene Forderungen der Pygmäen erfüllt wurden. Angehörige der **Albino-Minderheit in Tansania** konnten wir mehr als 1.000 Tuben Sonnencreme zur Verfügung stellen. Für Albinos ist die Gefahr besonders groß, an Hautkrebs zu erkranken.

ASIEN

Burma

Nach Ablösung der Militärjunta im April 2011 bemühte sich Burmas neue Führung um eine vorsichtige Demokratisierung des Landes. Wir mahnten in fast einem Dutzend Presseerklärungen, den Druck auf Burmas Regierung nicht zu schnell zu lockern und die wichtigsten EU-Sanktionen aufrecht zu erhalten. Denn vor allem **in den Minderheiten-Gebieten hielten die Menschenrechtsverletzungen** weiter an. So berichteten wir im Oktober 2011, dass seit August 2010 mindestens 112.000 Angehörige ethnischer Minderheiten seit August 2010 vor Gewalt und Menschenrechtsverletzungen aus ihren Dörfern fliehen mussten.

In Postkarten-Aktionen an Außenminister Westerwelle forderten wir die juristische Aufklärung von willkürlichen Verhaftungen, Folter, Zwangsarbeit, Vergewaltigungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den Nationalitäten-Regionen Burmas. Gemeinsam mit einem Bündnis internationaler und burmesischer Menschenrechtsorganisationen setzen wir uns für die Einrichtung einer internationalen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen ein, um die Verbrechen zu dokumentieren und nach Wegen zu suchen, wie die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden könnten. In mühsamer Überzeugungsarbeit gelang es, auch international führende Staaten, wie die USA, Kanada, Frankreich und Großbritannien, für die Unterstützung dieses Vorhabens zu gewinnen. Vor allem in der Europäischen Union fand das Projekt viele Förderer. Doch Deutschland lehnte ein Engagement für ein Ende der Straflosigkeit ab, da man auf eine wirtschaftliche Öffnung des Landes setzte. Burmas neue Führung erklärte sich dann auch zu weiteren Reformen bereit und löste sich etwas aus der engen Umklammerung Chinas. Deshalb setzen viele Regierungen inzwischen nur noch auf politische und wirtschaftliche Reformen. Eine umfassende, glaubwürdige Aufarbeitung der Verbrechen ist in weite Ferne gerückt. Damit wird auch eine Versöhnung zwischen Birmanen und Nationalitäten schwieriger.

In den Nationalitäten-Gebieten wurde nicht nur weiter willkürlich verhaftet, gefoltert und vergewaltigt. Auch der Krieg mit all seinem Leid für die Zivilbevölkerung kam wieder. Denn die Regierung kündigte langjährige Waffenstillstandsabkommen auf, um die Kämpfer zur Abgabe ihrer Waffen und zur Auflösung ihrer Freiheitsbewegungen zu drängen. In vielen Interviews warnte der Leiter unseres Asienreferates, Ulrich Delius, die neue zivile Regierung bringe Burma mehr Krieg als Frieden. Die Vereinten Nationen, die USA und die EU-Staaten riefen wir dazu auf, die Eskalation der Gewalt einzudämmen und die Regierung zu einem Überdenken ihrer Nationalitätenpolitik zu drängen. Sie reagierte auf entsprechende Appelle und suchte erneut den Dialog mit den Freiheitsbewegungen der Nationalitäten.

Vor allem im Kachin-Staat eskalierten seit Juni 2011 jedoch die Kämpfe zwischen Freiheitsbewegungen und regulärer Armee. Mehrfach forderten wir wirksamen Schutz für die Zivilbevölkerung und freien Zugang für humanitäre Helfer. Erst nach Monaten der Proteste erlaubte Burma schließlich Hilfstransporte für die Kachin-Zivilbevölkerung.

China

Die Unterdrückung und **Verfolgung von nationalen Minderheiten wie der Tibeter, Uiguren und Mongolen sowie chinesischer Dissidenten** und Autoren hielt das Asienreferat auch im Jahr 2011 in Atem.

Die Praxis der chinesischen Behörden, **politische Gefangene** wie den mongolischen Bürgerrechtler Hada oder Angehörige der Meditationsbewegung Falun Gong auch über die Verbüßung ihrer regulären Haftstrafe illegal in Geheimgefängnissen festzuhalten und ihre Familienangehörigen in Sippenhaft zu nehmen, machten wir in Pressemitteilungen und Briefen an die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton, den deutschen Außenminister sowie seine europäischen Kollegen öffentlich und forderten die Freilassung aller widerrechtlich Inhaftierten. Wir warnten in Pressemitteilungen und Interviews davor, die Entlassung bedeutender Regimekritiker wie Ai Weiwei oder Hu Jia kurz vor Beratungen des UN-Menschenrechtsrates oder Auslandsreisen chinesischer Politiker mit einer Verbesserung der Menschenrechtslage zu verwechseln und die Bedrohung Taiwans durch die Regierung in Peking zu unterschätzen. Auch die rücksichtslose Ausbeutung von Bodenschätzen in der rohstoffreichen Inneren Mongolei kritisierten wir in Pressemitteilungen und Interviews. Dort gab es die schwersten Unruhen seit Jahrzehnten gegen die chinesische Anti-Nomadenpolitik

Als bekannt wurde, dass Frau Ashton in einem vertraulichen Memorandum die Beendigung des nach dem Juni 1989 erhobenen Waffenembargos gegen China empfahl, appellierten wir vor dem Besuch des chinesischen Vizepräsidenten Li Keqiang in Deutschland an Außenminister Westerwelle und Bundeskanzlerin Merkel, sich für eine Aufrechterhaltung des Embargos auszusprechen, was diese auch taten. Merkel forderten wir auf, sich während der deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen für die Freilassung von Mitgliedern von Hauskirchen und ethnischer Minderheiten einzusetzen. Hamburgs Bürgermeister Scholz baten wir vor seiner Reise in Hamburgs Partnerstadt Shanghai, gegenüber seinen chinesischen Amtskollegen die Entlassung einer schwer erkrankten Menschenrechtlerin und Kritikerin der staatlichen „Ein-Kind-Politik“ zu verlangen.

An die **Bedrohung der Wasserversorgung Tibets** durch den Bau von gewaltigen Staudämmen erinnerten wir bei einer Aufführung des Dokumentarfilms „Meltdown in Tibet“. Dass in Tibet und tibetischen Siedlungsgebieten in der ansonsten chinesisch geprägten Provinz Sichuan regelmäßig Tibeter aus politischen Gründen festgenommen wurden, thematisierten wir in zahlreichen Pressemitteilungen und Interviews ebenso wie die eingeschränkte Bewegungsfreiheit von Mönchen und zunehmenden Proteste von Tibetern gegen die chinesische Besatzungspolitik.

Wir setzten uns gegenüber der nepalesischen Regierung für eine bessere Behandlung von **tibetischen Flüchtlingen in Nepal** ein. Im September drohten erneut 23 Flüchtlinge abgeschoben zu werden. Gemeinsam mit anderen Organisationen konnten wir uns mit Erfolg dafür einsetzen, dass sie in Nepal bleiben können. Chinas Diplomaten unterbrachen GfbV-Mitarbeiter beim Vortragen von Berichten über die Menschenrechtslage in Tibet und anliegenden Regionen im UN-Menschenrechtsrat wegen vermeintlicher Regelverstöße und versuchten sie mundtot zu machen.

Bayerns Ministerpräsident Seehofer baten wir vor dem Besuch Li Keqiangs, sich für die **Freilassung uigurischer politischer Gefangener** wie den Wirtschaftsjournalisten Gheyret Niaz einzusetzen, der für Interviews mit ausländischen Reportern zu 15 Jahren Haft verurteilt worden war und als Vermittler zwischen Uiguren und Han-Chinesen gilt. UN-Hochkommissarin Navi Pillay forderten wir auf, das Schicksal von 376 Uiguren aufzuklären, die im Jahr 2010 wegen „Verbrechen gegen die nationale Sicherheit“ Chinas verurteilt worden waren.

Die fortschreitende **Zerstörung der Altstadt der uigurischen Stadt Kashgar** an der Seidenstraße wurde bei einer Tagung im Europaparlament in Brüssel, bei der viele Abgeordnete aller Fraktionen mitwirkten, zur Sprache gebracht. Während die chinesische Regierung erhöhte Sicherheit vor Erdbeben als Grund für die Zerstörung vorgibt, wiesen wir darauf hin, dass die teilweise Jahrhunderte alten Gebäude aufgrund ihrer Bauweise bereits viele Beben überstanden hätten. Tatsächlich geht es der chinesischen Regierung um die Ansiedlung von noch mehr Han-Chinesen und eine bessere Überwachung der Uiguren. Das Europaparlament forderte kurz darauf in einer Resolution einen sofortigen Stopp der Zerstörung.

Auch den zunehmenden **Druck Chinas auf Nachbarstaaten** wie Pakistan, Burma, Nepal oder Kasachstan, uigurische Flüchtlinge auszuliefern, brachten wir in zahlreichen Pressemitteilungen und Appellen an den UN-Hochkommissar für Flüchtlinge und die Regierungen der ausliefernden Staaten zur Sprache und erinnerten sie an ihre Verpflichtung durch die UN-Flüchtlingskonvention. Volkswagen-Chef Winterkorn forderten wir auf, bei der geplanten Errichtung eines VW-Werkes in Xinjiangs Hauptstadt Urumtschi bei der Einstellung bevorzugt Uiguren zu berücksichtigen. So soll die systematische wirtschaftliche Schlechterstellung von Uiguren endlich verringert werden. Den UN- Sonderberichterstatter zu Folter wiesen wir darauf hin, dass Uiguren vor einem Strafprozess gefoltert wurden und baten um Ermittlungen seinerseits.

Dass China immer offensiver **politische Gegner bis ins Exil verfolgt**, dokumentierten wir auch 2011. Die Blockierung von Telefonleitungen und das Hacken der Homepage des in München ansässigen Weltkongresses der Uiguren machten wir ebenso öffentlich wie den Versuch, mit dem für 2012 ausgerufenen China-Kulturjahr in Deutschland das Image der Kommunistischen Partei im Ausland zu verbessern. Für unsere Kampagne „China-Kulturjahr 2012 – Kulturelle Vielfalt zulassen statt zerstören“ schrieben wir alle Ministerpräsidenten und Bürgermeister der 90 Großstädte in Deutschland an und baten sie, die Zerstörung der Kultur der Tibeter, Uiguren und Mongolen bei den Feierlichkeiten nicht außer Acht zu lassen und boten ihnen Kooperation bei Veranstaltungen an. Einige Städte antworteten, dass sie sich definitiv aus Sorge um die Menschenrechte nicht an den offiziellen Feiern beteiligen wollen. Zum Auftakt der Kampagne starteten wir gemeinsam mit Tibetern und Uiguren in München eine Mitmach-Fotoaktion, auf die wir über neue soziale Medien wie Facebook aufmerksam machten. Das die Menschenrechtsslage und Kulturzerstörung ignorierende Programm „Seidenstraße“ des Chinesischen Nationalcircus zu Beginn des China-Kulturjahres kritisierten wir in Pressemitteilungen und Interviews.

Das Unternehmen Microsoft forderten wir auf, sich nicht mit einer Partnerschaft mit der chinesischen Suchmaschine Baidu zum Komplizen chinesischer Zensoren zu machen. Allein

40.000 Zensoren filtern für die chinesische Regierung regimekritische Internet-Inhalte und Informationen über ethnische Minderheiten.

Für inhaftierte Autoren wie Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo, den in Göttingens Partnerstadt Nanjing eingesperrten Yang Tongyan und den Uiguren Nurmuhemmet Yasin organisierten wir als eine von weltweit 67 zeitgleichen Veranstaltungen eine Lesung mit Texten der Inhaftierten.

Indien

Als Bundeskanzlerin Angela Merkel im Mai 2011 Indien besuchte, bedauerten wir in einer Pressemitteilung, dass die schwierige **Lage der 95 Millionen Adivasi-Ureinwohner** nicht erörtert wurde. Statt Menschenrechten stand der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen bei den Gesprächen im Vordergrund. Wir erinnerten daran, dass die Adivasi die Opfer von Indiens Wirtschaftsboom sind, weil sie am meisten unter rücksichtsloser Rohstoffsuche und dem Ausbau von Großplantagen und Industriebetrieben leiden.

Mehrfach kritisierten wir die anhaltende Straflosigkeit für Hindu-Extremisten, die für Pogrome gegen Christen im Bundesstaat Orissa 2008 verantwortlich waren. Zwar hatten Christen mehr als 3.200 Anzeigen erstattet. Doch drei Jahre nach den Übergriffen waren nur 86 Täter oft wegen minder schwerer Vorwürfe verurteilt worden. Es sei beschämend, dass vor allem viele politisch motivierte Morde ungeklärt blieben, kritisierte die GfbV.

Afghanistan

Die Menschenrechtssituation in Afghanistan verschlechterte sich weiter. So wiesen wir auf Übergriffe auf Hazara, Paschtunen und andere Nationalitäten hin. Immer wieder suchten wir das Gespräch mit dem Auswärtigen Amt, den Bundestagsabgeordneten, der Bundeswehr, den Vereinten Nationen und dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, um auf **Verbrechen von Warlords und Behördenwillkür** aufmerksam zu machen. Auf zahlreichen Konferenzen machte unser Experte für Afghanistan, Tillmann Schmalzried, den kritiklosen Umgang der Bundeswehr und deutscher Politiker mit afghanischen Warlords zum Thema. Außerdem prangerten wir Vetternwirtschaft und Willkür des Karsai-Regimes an, das die katastrophale Lage vieler Nationalitäten außerhalb des Großraums von Kabul weitgehend ignoriert. Wir arbeiteten dabei eng auch mit afghanischen Menschenrechtlern und Journalisten zusammen, die sich mit ihrem Engagement in Lebensgefahr bringen. Immer wieder sprachen wir das Problem der Straflosigkeit an, erstellten Dossiers über Verbrechen führender afghanischer Politiker und Warlords und forderten ihre Bestrafung. Nachdrücklich wandten wir uns gegen eine Amnestie für Massenmörder und Gewalttäter.

Pakistan

Als Außenminister Guido Westerwelle im Januar 2011 Pakistan besuchte, baten wir ihn, sich für eine Abschaffung der umstrittenen Blasphemie-Paragrafen und für mehr **Glaubensfreiheit für religiöse Minderheiten** einzusetzen. In vielen Interviews wiesen wir auf

die Ausgrenzung von Christen und Ahmadiyya-Muslimen hin. Sie leiden besonders unter dem Missbrauch der Blasphemie-Paragrafen. So werden Angehörige ihrer Glaubensgemeinschaften oft nur aufgrund von Nachbarschaftskonflikten beschuldigt, das Ansehen des Propheten Mohamed beschädigt zu haben. Aufgrund massiver internationaler Proteste kündigte Pakistan bereits mehrfach die Streichung der umstrittenen Paragrafen an.

Indonesien

Auch in Indonesien steht es immer schlechter um die Religionsfreiheit. So wiesen wir im März 2011 darauf hin, dass die **Übergriffe auf Christen und Ahmadiyya** spürbar zugenommen haben. So wurden seit 2007 mehr als 360 Übergriffe auf Ahmadiyya registriert. Mehrfach forderten wir die indonesische Regierung auf, die Glaubensfreiheit auch für Anhänger nicht-muslimischer Religionen zu garantieren. Mehrere EU-Regierungen sagten zu, sich für mehr Religionsfreiheit in dem südostasiatischen Staat einzusetzen.

Mit E-Mail Protestaktionen machten wir auf die schweren Menschenrechtsverletzungen in Westpapua aufmerksam. Wer sich für die Rechte **der indigenen Papua-Völker** einsetzt, wird von den indonesischen Behörden oft als Terrorist behandelt. Willkürliche Verhaftungen, Folter und unfaire Gerichtsverfahren schaffen unter den Ureinwohnern Angst und Schrecken. In Interviews machten wir auf die katastrophalen Folgen des Ausbaus von Ölpalm-Plantagen aufmerksam. Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, die Europäische Union und die USA forderten wir auf, gegen neue Großprojekte in Westpapua zu protestieren und freien Zugang für Journalisten und Menschenrechtler zu verlangen.

Kambodscha

Unsere Mitarbeiterin im Berliner Büro, Judith Kunze, gelang es, umfassende Kontakte nach Kambodscha aufzubauen. Es fand ein reger Austausch mit Nichtregierungsorganisationen in Phnom Penh statt, die sich von dort aus für die indigene Bevölkerung in Kambodscha einsetzen. Daraus folgte eine Protestbriefaktion **gegen Landraub** im Dorf Kong Yu. Angeschrieben wurden unter anderem der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte in Kambodscha, das Justizministerium in Phnom Penh, das Bundesaußenministerium sowie das Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit, da von dort aus Gelder der Entwicklungshilfe nach Kambodscha fließen. Auf diese Briefe bekamen wir etliche Antworten, die dann dazu anregten, Ende des Jahres einen umfangreichen Bericht in Vorbereitung der deutsch-kambodschanischen Regierungsgespräche zu verfassen. Dadurch wiederum entstanden zusätzlich wertvolle Kontakte nach Kambodscha und in die deutschen Ministerien. Diese pflegte Judith Kunze aktiv, um die Anliegen der indigenen Bevölkerung in Kambodscha immer wieder zum Thema zu machen.

Bangladesch

Bangladesch feierte Ende 2010 den 40. Jahrestag seiner Unabhängigkeit. Die 2,5 Millionen **Ureinwohner in den Chittagong Hill Tracts** müssen jedoch noch immer um ihre Rechte ringen. Ihre Situation ist nach wie vor von Unterdrückung und Landverlust gezeichnet. Darauf machten wir in einer Presseerklärung aufmerksam Insbesondere forderten wir die deutsche Bundesregierung auf, sich für eine Umsetzung des Friedensabkommens in der Chittagong Bergregion einzusetzen. Viele Maßgaben des 1997 unterzeichneten Friedensvertrags, der einen Jahrzehnte langen Guerilla-Krieg und Genozid beendete, sind leider bis heute noch nicht verwirklicht worden. Im Sommer 2011 schrieben wir Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel vor seiner Reise nach Bangladesch an und baten ihm darum, sich der schweren Probleme der indigenen Bevölkerung anzunehmen. Wir veröffentlichten Artikel über den geplanten Kohletagebau in Phulbari/Barapukurai in unserer Zeitschrift bedrohte völker – pogrom und auf unserem Blog.

Verschiedenes

Mehrfach machten wir mit Presseklärungen, Interviews und Veranstaltungen auf den vergessenen Konflikt in **Patani, dem Süden Thailands**, aufmerksam und engagierten uns für ein Ende des Bürgerkrieges zwischen muslimischen Aufständischen und der Armee. Außerdem setzten wir uns für eine menschlichere Flüchtlingspolitik Thailands ein, forderten die Regierung auf, nicht völkerrechtswidrig Flüchtlinge nach Burma und Laos abzuschicken. An die deutsche Bundesregierung appellierten wir, bei ihrer finanziellen Förderung des Staatenverbundes ASEAN auf mehr Respekt für Menschenrechte zu dringen.

Wir wiesen auf die anhaltende **militärische Bedrohung Taiwans** durch chinesische Raketen hin und warnten vor den Gefahren einer weiteren militärischen Aufrüstung Chinas für alle Nachbarländer der Volksrepublik.

INDIGENE VÖLKER

Brasilien

Mit Pressemeldungen, Blogbeiträgen und in unserer Zeitschrift bedrohte Völker-pogrom dokumentierten wir die **zunehmende Gefährdung der indianischen Völker Brasiliens, die bewusst den Kontakt zur Außenwelt meiden**. Unterschiedlichen Schätzungen zufolge gibt es allein in Brasilien 70 bis 90 dieser meist sehr kleinen Gemeinschaften. Sie geraten zunehmend in Gefahr, weil sie durch illegalen Holzeinschlag, Rohstoffexploration, Drogenschmuggel vor allem im Grenzgebiet zwischen Peru und Brasilien aus ihren Gebieten vertrieben werden. Der Sertanista José Carlos Meirelles berichtete als Ehrengast unserer Jahreshauptversammlung in Göttingen im November 2011 über die dramatische Situation dieser Völker; als Sertanista werden die wenigen Menschen bezeichnet, die im Auftrag der Indianerbehörde FUNAI den Amazonas-Regenwald durchstreifen, um die isoliert lebenden Gemeinschaften zu lokalisieren und von abgelegenen Außenposten aus vor unerwünschten Kontakten zu schützen. Selbst Kontakt aufzunehmen vermeiden sie dabei sorgfältig. Wir organisierten für Meirelles in Berlin, Hamburg und Bremen Lobbytermine, u.a. bei Parlamentariern der Ausschüsse für Menschenrechte sowie für Entwicklung und Humanitäre Hilfe. Außerdem hielt er an der Universität Bremen einen Vortrag. Erfreulich war erneut die Kooperation mit dem in Frankfurt/Main ansässigen „Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder e.V.“

Wir setzen unsere Kampagne zur **Unterstützung des indianischen Widerstands gegen den Belo-Monte-Staudamm** fort und veröffentlichten – zum Teil gemeinsam mit der GfbV Schweiz - mehrere Presseerklärungen zur jeweiligen aktuellen Entwicklung. Gemeinsam mit den GfbV-Sektionen Schweiz und Österreich sowie weiteren 50 unterzeichnenden Organisationen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz richteten wir einen offenen Brief an die drei Firmen Andritz (Österreich), Alstom (Schweiz) und VoithHydro (Deutschland). Diese Unternehmen sind durch Turbinenbau am Projekt beteiligt. Wir erinnerten sie daran, dass die ethischen Grundsätze, zu denen sie sich verpflichtet haben, auch für die indianischen Anrainer dieses Projektes am Xingu-Fluss gelten müssen. Wir forderten die Konzernleitung auf, ihr Engagement für das „Belo Monte“-Projekt angesichts seiner fatalen Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung und die Natur zu überdenken und sich daraus zurückzuziehen. Sonst drohe den Unternehmen erheblicher Imageschaden, denn so lange die indigenen Anrainer nicht in die Entscheidungsprozesse gleichberechtigt einbezogen seien, verstoße Brasilien gegen nationales und internationales Recht.

Am **Internationalen Aktionstag Belo Monte**, dem 23. August 2011, führten wir gleich zwei Mahnwachen in Berlin durch, am Vormittag vor dem Brandenburger Tor und am Nachmittag vor der Botschaft Brasiliens. Letztere war begleitet von einem Empfang in der Botschaft und der Übergabe eines an Präsidentin Dilma Rousseff gerichteten gemeinsamen Briefes der GfbV-Sektionen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Wir verlangten darin die Suspendierung des Bewilligungsprozesses, bis alle direkt und indirekt Betroffenen, insbesondere die indigenen Gemeinschaften, in einem transparenten und demokratischen Verfahren ihr Einverständnis gegeben hätten. Im Baugebiet in freiwilliger Abgeschiedenheit lebende Indianer müssten langfristige Schutzmaßnahmen und ein ausreichend großes Territorium für die Absicherung ihrer Lebensweise erhalten. Außerdem forderten wir die

Präsidentin dazu auf, ihr Veto gegen das neue Waldgesetz einzulegen, das die Abholzung von Regenwald erleichtern und illegale Abholzung rückwirkend legitimieren sollte. Die Zusammenarbeit mit dem Brasilien-Netzwerk aus kirchlichen, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen wurde weiter gestärkt.

Bolivien

2011 brach zwischen der Regierung Evo Morales und Indianern aus dem Tiefland Boliviens ein Konflikt aus um **eine 300 Kilometer lange Straße**, die – finanziert von Brasilien - quer **durch das TIPNIS-Naturschutzgebiet** gebaut werden soll. Die etwa 50.000 Yuracaré-, Trinitario- und Chimane-Indianer, die von dem unberührten Zustand des Schutzgebietes abhängen und nicht in die Planungen der Trassenführung einbezogen worden waren, wenden sich gegen dieses Projekt. Die Indianer wurden nicht in die Planungen einbezogen, obwohl Bolivien die Konvention 169 der ILO unterzeichnet hat, die eine Mitbestimmung der Indigenen bei Projekten, die ihre Lebensbedingungen berühren, vorschreibt, und sogar zum Bestandteil seiner Verfassung gemacht. Wir dokumentierten den Konflikt in unserer Zeitschrift *bedrohte Völker-pogrom* und im GfbV-Blog. Die Tieflandindianer veranstalteten einen Marsch auf La Paz, der mehrmals von der Polizei massiv behindert wurde und die Hauptstadt nur mit Schwierigkeiten erreichen konnte. Schließlich erklärte sich die Regierung Morales, die das Straßenbauprojekt vehement verteidigte, zu Gesprächen mit den Gegnern bereit.

Ecuador

Die Yasuni-ITT-Initiative zeichnet sich dadurch aus, dass sie dem Klimaschutz und den indigenen Landrechten gleichermaßen dienen würde: Ecuador wollte im **Yasuni-Schutzgebiet**, wo auch zwei kleine Gruppen der Waorani-Indianer in freiwilliger Abgeschiedenheit leben, auf Ölförderung verzichten, wenn die Staatengemeinschaft in einen UN-Fonds einen Teil des dadurch entgangenen Gewinns einzahlt. Aus dem Fonds will Ecuador u.a. Projekte nachhaltiger Energiegewinnung finanzieren. Entwicklungshilfeministerin Wieczorek Zeul hatte 2008 die Unterstützung der damaligen Bundesregierung und eine entsprechende Fraktionen übergreifende Zustimmung des Bundestags zu einer großzügigen finanziellen Unterstützung des Fonds erwirkt. Ihr Nachfolger Dirk Niebel zog diese Zustimmung nach seiner Amtsübernahme zurück und gefährdete damit das Zustandekommen der Yasuni-Initiative. Wir verfassten Presseerklärungen, gaben Interviews, organisierten eine Mahnwache. Außerdem schrieben wir Lobbybriefe an mehrere Abgeordnete aus den Ausschüssen für Entwicklung und Umwelt, verfassten Beiträge für unsere Zeitschrift *bedrohte Völker-pogrom* und den Blog. Gehalten wurde auch der Kontakt zu der indianischen Gemeinde **Sarayacu**, die sich seit langem erfolgreich gegen Ölförderung in ihrem Land wehrt. Ihr Projekt, sich mit einer aus blühenden Bäumen bestehenden symbolischen Grenze abzugrenzen, war eines der beliebtesten humanitären Projekte des Fördervereins für bedrohte Völker. Gependet wird in Form von Baumpatenschaften. 2011 steuerten wir Sarayacu als Projekt zum virtuellen Adventskalender des „24 gute Taten e.V.“ bei und konnten immerhin mehr als 1000 Euro nach Ecuador überweisen.

Der indianische Bürgerrechtler und politische Gefangene Leonard Peltier

Sehr aktiv waren wir 2011 auch für den indianischen Bürgerrechtler Leonard Peltier, der in den USA seit 1976 unschuldig inhaftiert ist. Er wird für den Tod zweier FBI-Beamter verantwortlich gemacht. Im März organisierten wir eine Reise von Len Foster (Navajo und geistlicher Betreuer Peltiers) als Vertreter des Peltier Defense Offense Committee nach Genf, wo er beim **Menschenrechtsrat eine Stellungnahme** abgab. Er wies darin auf die zahlreichen Verfahrensfehler der US-Justiz gegenüber Peltier hin, schilderte dessen dramatisch schlechte Gesundheitssituation und bat den Menschenrechtsrat darum, seinen Einfluss gegenüber der US-Regierung geltend zu machen, um eine Entlassung Peltiers aus der Haft zu erreichen. Außerdem organisierten wir für ihn zusammen mit unserer Partnerorganisation Incomindios Schweiz einen sogenannten **side event**, eine Veranstaltung im Rahmenprogramm des Menschenrechtsrates, bei dem er den Peltier-Fall den UN-Delegierten vorstellen konnte. Im Frühjahr ermöglichten wir Len Foster die Reise zum Permanenten Forum für indigene Belange der UN nach New York. Er traf sich dort mit dem UN-Sonderberichterstatter für indigene Völker James Anaya und konnte erreichen, dass Anaya den Peltier-Fall in seinen Bericht aufnahm und zusagte, er wolle Peltier im Gefängnis besuchen. Die Unterstützer des Bürgerrechtlers werteten dies als großen Erfolg.

Am 12. September schließlich fuhr unsere Referentin für indigene Völker, Yvonne Bangert, aus Anlass des 67. Geburtstags Peltiers nach Halle/Saale. Zusammen mit der Schauspielerin Jacqueline Rousetti gestaltete sie dort im Freien Radio Corax eine einstündige Sendung als Lesung aus dem Buch Peltiers „Mein Leben ist mein Sonnentanz“. Vor der Lesung führte der Sender auch ein Live-Interview mit der GfbV-Referentin für indigene Völker. Hinzu kamen mehrere **Briefaktionen** für Peltier, so z. B. Proteste gegen seine Verlegung in Einzelhaft, gegen die anschließende Verlegung in ein Hochsicherheitsgefängnis in Florida und die nach wie vor unzureichende medizinische Versorgung des politischen Gefangenen.

Menschenrechtsarbeit bei den Vereinten Nationen (UN)

Themen der 2011 bei den UN eingereichten Länderprüfberichte, der **Universal Periodic Reviews (UPR)**:

Venezuela
Thailand
Tansania
Syrien
Brasilien (eingereicht von der GfbV Schweiz)

Mündliche Stellungnahme zu UPRs:

Österreich
Ruanda

Mündliche Stellungnahmen anlässlich von Sitzungen des Menschenrechtsrates.

Zwei Mal Tibet
Drei Mal Uiguren

Themen der **schriftlichen Stellungnahmen** für den UN-Menschenrechtsrat:

Tibet (zweimal)
Indigene Völker und bedrohte Sprachen
Darfur
Mauretanien
Somalia
Menschenrechte in Sudan
Südkordofan
Äthiopien
Burma/Myanmar
Ruanda
Griechenland

Themen der von der GfbV (co-)gesponsorten **Side Events** waren:

Ogaden/Äthiopien
Balutschistan/Pakistan
Uiguren in Thailand
Staudämme (Belo Monte)

Insgesamt:

5 UPRs
2 Mündliche Stellungnahmen zu UPRs

12 Schriftliche Stellungnahmen
5 Mündliche Stellungnahmen
4 Side Events

Aide Mémoires 2011

Themen der elf **Aide Mémoires** waren:

China
Vietnam
Burma/Myanmar
Afghanistan
Somalia
Sudan
Eritrea
Äthiopien
Angola
Algerien
Implementierung der Erklärung zu den Rechten indigener Völker

AKTIONEN UND VERANSTALTUNGEN

Ereignisreiches Jahr 2011

Mit rund 30 kleineren und größeren Veranstaltungen und Aktionen, war 2011 ein ereignisreiches Jahr für das Aktionsreferat. Einige seien hier angeführt:

Unter dem Eindruck der Katastrophe von Fukushima machten wir auf die Problematik von Uranabbau auf dem Gebiet indigener Völker bei der Leipziger Buchmesse aufmerksam. Unser Aktionsreferent Daniel Matt organisierte außerdem Mahnwachen vor den Hauptversammlungen von RWE und der EoN. Die Energiekonzerne sollen offen legen, woher das Uran stammt, mit dem sie Atomkraftwerke betreiben, und für die Einhaltung von strengen Sicherheitsbestimmungen für Arbeiter und Anwohner sorgen.

Im Mai 2011 gaben wir einer Gruppe „Wolfskinder“, die als Kinder in den Nachkriegswehen nach dem Verlust ihrer Eltern allein von Königsberg nach Litauen geflohen waren und dort meist mit neuer Identität aufwuchsen, ein Forum, über ihre traurigen Schicksale zu berichten.

Auf dem evangelischen Kirchentag in Dresden widmeten wir unseren Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“ den Minderheiten in der „arabischen Welt“ und forderten, diese nicht zu Verlierern der Revolution werden zu lassen.

Aber auch andere Themen, die die GfbV seit Jahrzehnten beschäftigen, waren Anlass für Aktionen auf der Straße. So legten wir gemeinsam mit der südsudanesischen Exil-Gemeinde in Berlin am Tag der Unabhängigkeit des Südsudans am 9. Juli 2011 einen Kranz in der Neuen Wache in Berlin nieder. So gedachten wir der vier Millionen Toten, die das Land durch Krieg und Völkermord seit 1955 verloren hat. Bei einer Mahnwache auf dem Münchner Marienplatz forderten wir zusammen mit Tibetern und Uiguren Politiker und Veranstalter dazu auf, im China-Kulturjahr in Deutschland 2012 ein realistisches und nicht propagandagefärbtes Bild der Menschenrechtslage von Chinas Minderheiten zu präsentieren.

Auch anderen Minderheiten gaben wir eine Stimme. So organisierten wir Treffen mit Kurden aus dem Nordirak und aus Syrien. Mit zwei Mahnwachen machten wir in Berlin auf das monströse Belo Monte Staudamm Projekt in Brasilien und die damit verbundenen katastrophalen Folgen für indigene Völker aufmerksam.

In Göttingen organisierten wir eine Reihe von Diskussionsveranstaltungen in unserem Victor-Gollancz-Haus zu den Problemen verschiedener Minderheiten. So berichteten unsere Referenten und zahlreiche Gäste beispielsweise über die Lage der Armenier in der Türkei, die Abschiebepolitik Deutschlands oder die noch immer andauernde Sklaverei in Mauretanien.

Wir schlossen das Aktionsjahr 2011 mit einer Mahnwache vor dem Niedersächsischen Landtag ab. Unter dem Motto „Rettet unsere Flüchtlingskinder – Kein Bleiberecht für Schönemann“ machten wir auf die unbarmherzige Abschiebepaxis des Niedersächsischen Innenministers aufmerksam.

REGIONALGRUPPEN

Ehrenamtliches Engagement schafft Öffentlichkeit für Minderheiten

Mit Radiobeiträgen, Infoständen, Unterschriftenaktionen, Tagungen, Mahnwachen, Theateraufführungen, Konzerten oder Auftritten bei Messen und Filmabenden trugen unsere Regionalgruppen (RG) in ihrer Gemeinde erheblich zur Öffentlichkeitsarbeit der Gesellschaft für bedrohte Völker bei. In vielen Städten konnte das Bundesbüro bei Aktionen auf ihre Unterstützung bauen. Wie **breit gefächert die Schwerpunkte unserer Ehrenamtlichen** sind, zeigen die hier beispielhaft angeführten Aktivitäten einiger RG:

Die RG München gestaltete eine regelmäßige Radiosendung zu Themen rund um Sibirien und die Völker des Hohen Nordens in Russland. Im März nahm Alina Rodenkirchen von der RG Köln an einer Konferenz im Europäischen Parlament teil, um dort Einsatz gegen die andauernden Menschenrechtsverletzungen an den Mapuche in Chile zu fordern. Im Juni war die RG Berlin mit einem Informationsstand beim Karneval der Kulturen vertreten, an dem Unterschriften gegen den Uranabbau auf dem Gebiet indigener Völker gesammelt wurden. Im August lud die RG Paderborn Daoud Nasser zu einer Abendveranstaltung ein, um über sein Friedensprojekt „Zelt der Völker“ im Westjordanland zu berichten. Im Oktober holten die RG Münster, Düsseldorf, Nürnberg und Karlsruhe (zusammen mit anderen Kooperationspartnern) mit dem “Konzert der Karawane“ eine musikalische Reise zum Volk der Uiguren in ihre Städte. Im gleichen Monat informierte die RG Oberbayern mit einem Bildvortrag über Chinas Minderheiten.

Bundesweite Regionalgruppentreffen fanden im April in Göttingen und im November in Düsseldorf statt. Dort gab es einen regen Austausch zwischen den Vertretern der Gruppen und dem Bundesbüro.

Vielleicht möchten Sie auch in ihrer Region aktiv werden? Unter www.gfbv.de finden Sie eine Liste unserer 15 bestehenden Regionalgruppen. Wir freuen uns auch immer über engagierte Menschen, die eine Regionalgruppe in ihrer Stadt gründen möchten. Die Arbeitsschwerpunkte einer Gruppe können sehr unterschiedlich sein und umfassen neben oben genannten Aktivitäten auch Lobbyarbeit und Rechercharbeit zu bedrohten Minderheiten. Sehr gern steht Ihnen Daniel Matt aus unserem Aktionsreferat mit Rat und Tat zur Seite. Sie erreichen ihn unter Tel. 0551/4990617 oder senden Sie eine E-Mail an d.matt@gfbv.de.

HOMEPAGE / NEUE MEDIEN

Verstärktes Engagement in den Neuen Medien

Eine ansprechende Präsentation der eigenen Organisation im Internet - nicht nur in Form einer attraktiven Internetseite, sondern auch in den Neuen Medien - wird immer wichtiger. Die GfbV hat bereits Ende 2009 eine **Facebook-Seite** gegründet. Betreut von unserer online-Redakteurin Astrid Bracht, die Ende August leider ausschied, wuchs die Zahl der Mitglieder der Seite 2011 kontinuierlich an. Nun sind viele ehemalige Praktikanten und Interessierte, Mitglieder und Förderer über dieses soziale Netzwerk mit unserer Menschenrechtsorganisation verbunden. Erfreulich ist, dass wir über die Neuen Medien die Bekanntheit unserer Organisation besonders bei jüngeren Zielgruppen erhöhen und zudem die Beziehung zu höheren Jahrgängen intensiviert werden konnte.

Neue Wege in der Online-Kommunikation beschritt die GfbV mit ihrer Ende Juli 2011 gestarteten China-Kampagne „China-Kulturjahr 2012: Kulturelle Vielfalt zulassen statt zu zerstören“ für die eine eigene Facebook-Kampagnenseite „www.facebook.com/chinakampagne“ eingerichtet wurde. Mit der an der dreiteiligen Bilderserie des chinesischen Künstlers Ai Weiwei orientierten kreativen Foto-Aktion rief die GfbV gezielt zum Mitmachen in den Neuen Medien auf. Die GfbV nutzte für die Kampagne gezielt innovative Formen der Online-Kommunikation, um die breite Öffentlichkeit zu erreichen und unsere Organisation bei Medienvertreter als kritische Stimme zum China-Kulturjahr 2012 zu etablieren.

Die **Internetseite** bleibt jedoch das wichtigste Online-Medium der GfbV. Sie dient nicht nur der Information über bedrohte Volksgruppen und Religionsgemeinschaften, sondern dort können Interessierte auch Mitglieder oder Förderer der GfbV werden oder für die Finanzierung unserer wichtigen Menschenrechtsarbeit spenden. Bei den Suchbegriffen zeigt sich die Kompetenz der GfbV für Minderheitenthemen. Immer wieder werden als Suchbegriffe beispielsweise eingegeben: Yanomani, Christenverfolgung, indigenous peoples brazil, Kurde, Tibet. Es zeugt von der internationalen Bedeutung der GfbV, dass sich Besucher in mehr als 100 Ländern auf unserer Homepage informierten.

Unseren **elektronischen Newsletter**, mit dem wir aktuelle Protestaktionen zum Mitmachen verbreiten, haben mehr als 9.000 Interessierte abonniert. Sie werden nicht nur per E-Mail, über die Arbeit der GfbV informiert, sondern beteiligen sich rege an unseren Initiativen. So helfen sie uns effektiv, den politischen Druck auf Verantwortliche zu verstärken. An den Appellen für einen besseren Schutz der Kopten während der Unruhen in Ägypten Anfang Januar, für die Freilassung des Retters von Sarajevo, Jovan Divjak, Anfang März und den Appell an den Direktor der Leipziger Buchmesse Mitte März, den Leugnern des Genozids in Bosnien kein Podium zu bieten, beteiligten sich beispielsweise jeweils etwa 1.200 Personen innerhalb einer Woche. Dieser Protest zeigt Wirkung! Jovan Divjak wurde wenige Tage später aus der Untersuchungshaft entlassen und die Leipziger Buchmesse bot uns ihre Kooperation an. Insgesamt konnte die GfbV bis Ende August in über sieben Einzelfällen eine Freilassung oder Freisprechung der Menschenrechtler, Aktivisten, Schriftsteller und Autoren bewirken. Weitere Erfolge unserer Online-Appelle, Pressemitteilungen und Aktionen haben wir in unserer Rubrik „**Erfolgreiche Aktionen**“ auf der Internetseite zusammengefasst.

PRESSE

Insgesamt 245 Presseerklärungen, Offene Briefe, Einladungen zu Menschenrechtsaktionen oder Pressekonferenzen, Kommentare und Hintergrundinformationen wurden 2011 von unserer Pressereferentin Inse Geismar verbreitet. Die meisten wurden an die Hauptredaktionen der Medien bundesweit und die in Berlin ansässigen Politikredaktionen oder Korrespondenten verschickt. Für Pressemitteilungen, die nur für bestimmte Bundesländer, Städte oder Gemeinden interessant sind, werden regionale Verteiler mit den dortigen Zeitungs-, Rundfunk- und Fernsehredaktionen gepflegt. Zudem wurden unsere Mitteilungen fast ausnahmslos ins Englische übersetzt, auf unserer englischsprachigen Homepage veröffentlicht und unter Journalisten verbreitet.

Um die Presse auf geplante Aktionen aufmerksam zu machen, meldeten wir uns telefonisch bei den wichtigsten Medien und wiesen noch einmal extra auf unsere Initiativen hin. Unser Berliner Büro unterstützte die Medienarbeit aus Göttingen. So wurden unsere Einladungen und Aktionsankündigungen in die Fächer der Journalisten im Bundespressehaus verteilt.

Zwölf große Aktenordner füllen die Zeitungsausschnitte, in denen der Name unserer Menschenrechtsorganisation gefallen ist, unsere Experten interviewt wurden, aus unseren Pressemitteilungen zitiert oder über unsere Aktionen, Recherchen, Reporte und Dokumentationen berichtet wurde. Dieses Presseecho hat unsere Mitarbeiterin Iris Castro archiviert. Festgehalten haben wir darin auch Rundfunk- und Fernsehinterviews, die wir telefonisch, nach Pressekonferenzen, während unserer Aktionen oder aus aktuellem Anlass und auf Anforderung von Redaktionen im Studio gaben. Einige Male kamen Fernsehteams auch extra nach Göttingen in unser Victor-Gollancz-Haus, um zu drehen. Nicht erfassen konnten wir allerdings, wie oft wir in Rundfunknachrichten erwähnt wurden. Da sie jedoch meist auf die kurzen Meldungen von Nachrichtenagenturen zurückgreifen, können wir davon ausgehen, dass unser Name des öfteren fiel.

Einige unserer Aussendungen erfuhren eine sehr breite Resonanz wie im Januar unsere Angaben über die Lage der Kopten in Ägypten, auf die sich fast alle christlichen Medien beriefen. Rund 40 Zeitungen zitierten aus unserer Mitteilung anlässlich des furchtbaren Attentats auf Kopten, das elf Tote forderte, unter ihnen die bundesweit verbreiteten, auflagenstarken Blätter wie Spiegel, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Tagesspiegel, taz und Publik Forum. Über unseren Protest gegen die Festnahme des „Retters von Sarajevo“ in Wien berichteten vor allem Zeitungen und Radios in Bayern und Baden-Württemberg, während die Medien in Niedersachsen und Hessen im Mai den Besuch der „Wolfskinder“ bei uns in Göttingen zum Anlass nahmen, über das Schicksal der in Litauen aufgewachsenen Kinder aus Ostpreußen zu berichten.

Jeweils einen ganzen Aktenordner voller Presseauschnitte schickte uns unser Ausschnittdienst, nachdem wir eine unabhängige Untersuchung der blutigen Gewalt in der uigurischen Handelsstadt Kashgar gefordert und pauschale Anschuldigungen chinesischer Sicherheitskräfte gegen die muslimische Bevölkerung kritisiert hatten. Genauso viele Zeitungsausschnitte erhielten wir mit der Berichterstattung über die Lage in Libyen im gleichen Monat. Wir hatten den libyschen Übergangsrat aufgefordert, für den Schutz afrikanischer Migranten zu sorgen. Gaddafi-Gegnern hielten sie alle für Söldner des Diktators und verfolgten sie gezielt. Im November berichteten nahezu alle norddeutschen Blätter über

unsere Forderung an den Ersten Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz, bei seinem China-Besuch die Menschenrechte im Reich der Mitte anzusprechen. Alle niedersächsischen Zeitungen informierten über unsere Aktion vor dem Landtag in Hannover. Dort hatten wir Innenminister Schünemann für seine unerbittliche Flüchtlingspolitik kritisiert.

Unsere themenspezifischen Presseverteiler mit Redakteuren, die sich auf einen besonderen Themenkomplex konzentrieren, konnten wir ausbauen. Denn etliche Journalisten stoßen über das Internet auf uns, „akkreditieren“ sich über unsere Homepage und lassen ihre Kontaktdaten in diese spezialisierten Gruppen einfügen. So erhalten sie ganz gezielt nur unsere Mitteilungen zu „ihrem“ Land oder ihrem Themengebiet. Mehrfach wurden wir auch von Korrespondenten aus dem Ausland um kritische Einschätzung der Lage vor Ort gebeten, oder Politikredaktionen in Deutschland boten uns an, für ihr Blatt einen Gastkommentar zu verfassen. Öffentlich-rechtliche und private Rundfunksender, aber auch nichtkommerzielle Bürgerradios, der deutsch-, englisch-, französisch-, arabisch- oder russischsprachige Dienst der Deutschen Welle oder Sender im Ausland wie Voice of America oder BBC ließen die GfbV zu Wort kommen.

MEDIENECHO

20min.ch
 Aachener Nachrichten
 Aachener Nachrichten online
 Aachener Zeitung
 Aalener Nachrichten
 Aalener Zeitung
 Aargauer Zeitung
 Abendzeitung München
 Abendzeitung Nürnberg
 Acher- und Bühler Bote
 Achimer Kreisblatt
 ad-hoc-news.de
 Afrika.info
 Afrika-travel.de
 Ahlener Zeitung
 Ahlener Zeitung online
 AL Arabiya
 Alb Bote
 Alfelder Zeitung
 Aljazeera
 Aller-Zeitung
 Allgäuer Anzeigebblatt
 Allgäuer Zeitung
 Allgemeine Zeitung
 Allgemeine Zeitung Coesfeld
 Allgemeine Zeitung Rhein Main
 Presse online
 Allgemeine Zeitung Uelzen
 Allgemeine Zeitung Uelzen
 online
 Allgemeiner Anzeiger
 Altenaer Kreisblatt
 Altländer Tageblatt

Altmark Zeitung
 Amberger Zeitung
 Antenne Bayern
 Anzeiger für Burgdorf und
 Lehrte
 Anzeiger für Burgdorf und
 Uetze
 Anzeiger für das Harlingerland
 Anzeiger für Lehrte und
 Sehnde
 APA
 ARD-Studio Genf
 Ärztezeitung
 Augsburg(er) Land
 Augsburgener Allgemeine
 Augsburgener Allgemeine online
 Auto Motor und Sport
 Automobil Industrie online
 Automobil Produktion online
 Bad Langensalzaer Allgemeine
 Bad Vilbeler Neue Presse
 Badische Nachrichten
 Badische Neueste Nachrichten
 Badische Zeitung
 Badische Zeitung online
 Badisches Tagblatt
 Badisches Tagblatt online
 Barmstedter Zeitung
 Barmstedter Zeitung online
 Basler Zeitung
 Bayern 3
 Bayernkurier
 Beobachter
 Berchtesgadener Anzeiger
 Bergedorfer Zeitung
 Bergischer Volksbote

Berlin online
 Berlin-Brandenburgisches
 Sonntagsblatt
 Berliner Morgenpost
 Berliner Morgenpost online
 Berliner Umschau
 Berliner Zeitung
 Berner Zeitung.
 Bersenbrücker Kreisblatt
 Beverner Zeitung
 Bielefelder Zeitung
 Bieler Tagblatt
 bielertagblatt.ch
 Bietigheimer Zeitung
 Bietigheimer Zeitung online
 Bild
 Bild Hannover
 Bild online
 blaue-narzisse.de
 blick.ch
 blogs.taz.de
 blogspan.net
 BN-Redaktion
 Bocholter-Borkener Volksblatt
 Bocholter-Borkener Volksblatt
 online
 Böhme-Zeitung
 Bonifatiusbote
 Borkener Zeitung
 Bote der Urschweiz
 Bote von Haßgau
 boulevard-baden.de
 Bramscher Nachrichten
 Braunschweiger Zeitung
 Bremer Nachrichten
 Bremer Tageszeitung

Bremervörder Zeitung
Brettener Nachrichten
Brief der Göttinger Gemeinde
St. Jacobi
Bruchsaler Rundschau
Brunsbütteler Rundschau
Buchloer Zeitung
business-panorama.de
Butzbacher Zeitung
Buxtehuder Tageblatt
C6 Magazin
Calenberger Zeitung
Cannstatter Zeitung
Cannstatter Zeitung Online
cash.ch
Cellesche Zeitung
Cellesche Zeitung Online
Charakter
Chemnitzer Morgenpost
chiemgau24.de
Chiemgau-Zeitung
China
China Observer
Christ in der Gegenwart
CNN Türkei
Coburger Tageblatt
come-one.de
Cuxhavener Nachrichten
Dachauer Nachrichten
Dahme Kurier
dapd
Darmstädter Echo
Das christliche Medienmagazin
pro
Das Volksblatt
Das Westfalen-Blatt
Dattelner Morgenpost
Dattelner Morgenpost online
Deister- und Weserzeitung
Deister-Leine-Zeitung
Delmenhorster Kreisblatt
Der Bund
Der Dom
Der Havelländer
Der Insel-Bote
Der Kirchenbote
Der Neue Tag
Der Neue Tag Weiden
Der Nibelungen-Kurier
Der Nordschleswiger
Der Patriot
der Pilger
Der Sonntag
Der Spiegel
Der Tagesspiegel
Der Teckbote
Der Westallgäuer
Der Westen

Der Westen online
derstandard.at
Deutsch-Chinesische Forum
Deutsche Presse Agentur dpa
Deutsche Welle
Deutschland today
Deutschlandradio
Deutschlandradio Feuilleton
DEWEZET Deister- und
Weserzeitung
die Glocke
Die Hessische
Niedersächsische Allgemeine
Die katholische
Sonntagszeitung online
Die Kirche – Evangelische
Wochenzeitung für Berlin
Die Kirchenzeitung für das
Bistum Eichstätt
Die Kitzinger
Die Landeszeitung für die
Lüneburger Heide
Die Neckarquelle
Die neue Bildpost
Die Norddeutsche
Die Presse
Die Rheinpfalz
die Rheinzeitung
Die Tagespost
die tageszeitung
Die Welt
Die Zeit
Dieburger Anzeiger
Diepholzer Kreisblatt
diepresse.com
Dithmarscher Landeszeitung
Domradio
domradio.de
Donau Zeitung
Donaukurier
Donauwörther Zeitung
Dorfener Anzeiger
Dorstener Zeitung
dpa/Ino
DRadio Kultur
DRadio Wissen
Dresdner Morgenpost
Dresdner Neueste Nachrichten
Dresdner Neueste Nachrichten
online
Dülmener Zeitung
Ebersberger Zeitung
Echaz-Bote
Echo online
Eckernförder Zeitung
Eichsfelder Allgemeine
Eichsfelder Tageblatt
Einbecker Morgenpost

Elbe Jeetzel Zeitung
Elbe Jeetzel Zeitung online
Elmshorner Nachrichten
Emder Zeitung
Emder Zeitung online
Emsdettener Volkszeitung
Ems-Zeitung
Entwicklungspolitik online
Epoch Times
Erdinger Anzeiger
ERF
ERF Plus
Erfurter Allgemeine
Esslinger Zeitung
Esslinger Zeitung online
EurActiv.de
Eurasisches Magazin
euronews.net
europeonline-magazine.eu
evangelisch.de
Evangelische
Nachrichtenagentur
Evangelische
Nachrichtenagentur idea
Evangelische Sonntagszeitung
Evangelische Wochenzeitung
für Berlin
Evangelische Zeitung
Evangelischer Pressedienst epd
Evangeliums-Rundfunk
extremnews.com
Factum Magazin online
FAZ
FAZ online
fehmar24.de
Fehmarnsches Tageblatt
Financial Times Deutschland
Financial Times Deutschland
online
Finanznachrichten.de
Flensburg Avis
Flensburger Tageblatt
FM Uni-Radio Freiburg
Focus
Focus online
Frankenberger Allgemeine
Frankenberger Zeitung
Frankenpost
Frankfurter Allgemeine
Frankfurter Neue Presse
Frankfurter Rundschau
Frankfurter Rundschau online
Fränkische Nachrichten
Tauberbischofsheim
Fränkischer Tag
Freie Presse
Freie Presse Chemnitzer
Zeitung

Freilassinger Anzeiger	heise.de	Jeversches Wochenblatt
Freisinger Tagblatt	Hellweger Anzeiger	Junge Welt
Friedberger Allgemeine	Herforder Kreisanzeiger	kath.net
Fritzlar-Homberger Allgemeine	Herforder Kreisblatt	Katholische
Fuldaer Zeitung	Hersfelder Zeitung	Nachrichtenagentur kann
Fürstfeldbrucker Tagblatt	Hersfelder Zeitung online	Katholische Sonntagszeitung
Gandersheimer Kreisblatt	Hertener Allgemeine	Katholische Sonntagszeitung
Garmisch-Partenkirchener	Hertener Allgemeine online	Online (www.katholische-
Tagblatt	Hessische Allgemeine	sonntagszeit.de)
Geislinger Zeitung	Hessische-Niedersächsische	Kathweb.at
Gelnhäuser Neue Zeitung	Allgemeine	Kieler Nachrichten
General Anzeiger	Heuberger Bote	Kirche und Leben
General Anzeiger online	Hildesheimer Allgemeine	Kirchenbote
Geretsrieder Merkur	Zeitung	Kirchenbote des Bistums
Geseker Zeitung	Hildesheimer Allgemeine	Osnabrück
Gießener Allgemeine Zeitung	Zeitung online	Kirchenzeitung für das Bistum
Gießener Anzeiger	HNA Kassel	Aachen
Gießener Anzeiger online	HNA Kassel online	Kirchenzeitung für das Bistum
Glaube und Leben	HNA Melsungen	Eichstätt
Gmünder Tagespost	HNA Mündener Allgemeine	Kirchenzeitung für das Bistum
Gmünder Tagespost online	HNA Northeimer Neueste	Hildesheim
Goslarsche Zeitung	Nachrichten	Kirchenzeitung für das
Göttinger Tageblatt	HNA Rotenburg-Bebra	Erzbistum Köln
Göttinger Tageblatt online	HNA Sollinger Allgemeine	Kleine Zeitung
Grafschafter Nachrichten	HNA Wolfhagen	Kna
Greenpeace Magazin	hna.de	koeln.de
Greenpeace-Magazin online	Höchster Kreisblatt	Kölnener Stadt-Anzeiger
Grenz-Warte	Hofgeismarer Allgemeine	Kölnener Stadt-Anzeiger
Günzburger Zeitung	Hohenloher Tagblatt	Kölnische Rundschau
Halberstädter Volksstimme	Hohenzollerische Zeitung	Kölnische Rundschau online
Haller Kreisblatt	Holsteinischer Courier	Kolping Magazin
Haller Tagblatt	Holzkirchner Merkur	Konkret
Halterner Zeitung	http://balkan24.com/	Kontext.TV
Hamburger Abendblatt	http://bazonline.ch	Kontext: Wochenzeitung
Hamburger Abendblatt online	http://cms.frankfurt-live.com	Kreiszeitung Syker Zeitung
Hamburger Morgenpost	http://de.euronews.net	Kreiszeitung Wesermarsch
Hamburg-magazin.de	http://kurier.at	kreiszeitung.de
Hammer Zeitung	http://lat.rtrs.tv	Kurier
Hanauer Anzeiger	http://relevant.at	Kyffhäuser Allgemeine
Handelsblatt	http://tvsa.ba	La Quotidiana
Handelszeitung	http://www.b92.net	Landbote
Hannoversche Allgemeine	http://www.fena.ba/	landbote.ch
Zeitung	http://www.radiosarajevo.ba,	Landsberger Tagblatt
Hannoversche Allgemeine	http://www.rtvbih.ba	Landshut aktuell
Zeitung online	Husumer Nachrichten	Lauenburgische Landeszeitung
Harburger Anzeigen	Ibbenbürener Volkszeitung	Lauenburgische Nachrichten
Harburger Nachrichten	Ibbenbürener Volkszeitung	Lausitzer Rundschau
Harburger Rundschau	online	Lausitzer Rundschau online
Harke	idea spektrum	Leine-Deister-Zeitung
Harz Kurier Herzberger Zeitung	Illertisser Zeitung	Leine-Nachrichten
Haßfurter Tagblatt	Ilmenauer Allgemeine	Leine-Zeitung
HAZ Anzeiger	infranken.de	Leipziger Volkszeitung online
HAZ Calenberger Zeitung	innsalzach24.de	Leonberger Kreiszeitung
HAZ Leine-Nachrichten	insuedthueringen.de	Leverkusener Anzeiger
HAZ Nordhannoversche	Isar-Loisachbote	Liechtensteiner Vaterland
Zeitung	Islamische Zeitung	Lingener Tagespost
Heilbronner Stimme	Islamische Zeitung online	Lippische Landeszeitung
Heiligenhafener Post	jesus.ch	Löhner Nachrichten .

Löhner Zeitung
Lübbeker Kreiszeitung
Lübecker Nachrichten
Lübecker Nachrichten online
Luckenwalder Rundschau
Lüdenscheider Nachrichten
Ludwigsburger Kreiszeitung
M 94.5
Magdeburger Volksstimme
Magdeburgische Zeitung
Main Echo
Main Netz
Main Post
mainpost.de
Main-Spitze
Mainzer Rheinzeitung
Mainzer Rheinzeitung Online
Mangfall Bote
Mannheimer Morgen
Mannheimer Morgen online
Märkische Allgemeine
Märkische Allgemeine online
Märkische Oberzeitung
Märkische Oderzeitung online
Markt für die Inselstadt
Ratzeburg und Umgebung.
Marler Zeitung
Marler Zeitung online
mdr.de
Meiler Kreisblatt
Meinerzhagener Zeitung
Meller Kreisblatt
Memminger Zeitung
Mendener Zeitung
Meppener Tagespost
Merkur online
Metzinger-Uracher General-
Anzeiger
Metzinger-Uracher Volksblatt
Miesbacher Merkur
Mindelheimer Zeitung
Mindener Tageblatt
Mindener Tageblatt
Mindener Tageblatt online
Mittelbayerische Zeitung
Mitteldeutsche Zeitung
Mittelschwäbische
Nachrichten
Mühdorfer Anzeiger
Münchberg-Helmbrechtser
Zeitung
Münchner Kirchenradio
Münchner Kirchenradio online
Münchner Merkur
Mündener Allgemeine
Mündener Volksstimme
Münsterischer Anzeiger

Münsterländische
Tageszeitung
Münsterländische Volkszeitung
Münstersche Zeitung
Münstersche Zeitung
Gievenbeck
Murnauer Tagblatt
Nassauische Neue Presse
National Geographic
NDR
Neckar- und Enzbote
net-tribune.de
Neuburger Rundschau
Neue Bildpost
Neue Deister Zeitung
Neue Kirchenzeitung
Neue Kirchenzeitung
Erzbistum Hamburg
Neue Oranienburger Zeitung
Neue Osnabrücker Zeitung
Neue Osnabrücker Zeitung
Neue OZ online
Neue Presse
Neue Rhein Zeitung
Neue Ruhr Zeitung
Neue Westfälische
Neue Zürcher Zeitung
Neues Deutschland
Neu-Isenburger Neue Presse
Neumarkter Anzeiger
Neu-Ulmer Zeitung
newsclick.de
ngo-online.de
Nibelungen Kurier
Niederelbe-Zeitung
Nordbayerischer Kurier
Nordbayerischer Kurier online
Norddeutsche Neueste
Nachrichten
Norddeutsche Neueste
Nachrichten Online
Norddeutsche Rundschau
Norderneyer Badezeitung
Nordfriesland Tageblatt
Nordhannoversche Zeitung
Nordkurier online
Nordsee Zeitung
Nordsee Zeitung online
Nordwestzeitung
Nordwestzeitung Online
Northeimer Neueste
Nachrichten
Notizbuch Freitagforum (br-
online)
nq-online.de
Nürnberger Nachrichten
Nürnberger Zeitung

NWZ Göppinger
Kreisnachrichten
NWZonline
nwzonline.de
Oberbayerisches Volksblatt
Oberbayerisches Volksblatt
online
Oberbergischer Anzeiger
Oberhessische Presse
Oberhessische Zeitung online
Offenbach Post
Offenbach Post online
Offenburger Tageblatt
Oldenburgische Volkszeitung
onlinereports.ch
openPR.de
op-online.de
Osnabrücker Neue Zeitung
Osnabrücker Zeitung
Ostfriesenzeitung
Ostfriesischer Kurier
Ostfriesische Nachrichten
Ostholsteiner Anzeiger
Ostsee Zeitung online
Ostthüringer Zeitung
ots.at
OTZ Schmöllner Nachrichten
ovb-online.de
OWL am Sonntag
Paderborner Kreiszeitung
Passauer Bistumsblatt
Passauer Neue Presse
Peiner Allgemeine Nachrichten
online
Peiner Allgemeine Zeitung
Peiner Nachrichten
Penzberger Merkur
Persisch-Service der Deutschen
Welle
Pfälzischer Merkur
Pforzheimer
Pforzheimer Kurier
Pforzheimer Zeitung
Pforzheimer Zeitung online
Pinneberger Tageblatt
Pinneberger Tageblatt online
Platow Brief
portugiesischer Dienst der
Deutschen Welle
Potsdamer Neueste
Nachrichten
Potsdamer Tageszeitung
Pressedienst der Autonomen
Provinz Bozen
Presseportal
Preußische Nachrichten
pro-medienmagazin
proplanta.de

Publik Forum
Pyrmonter Nachrichten
Quickborner Tageblatt
Radio Basel
Radio Charivari
Radio Corax
Radio Eins
Radio Free Asia/Washington
Radio Horeb
Radio Lora München
Radio Lotte
Radio Vatikan
Radio Z Nürnberg
Raum&Zeit
RBB
rbb online
RBB-Inforadio
Recklinghäuser Zeitung
Recklinghäuser Zeitung Online
Regionalportal Südostschweiz
Rehauer Tagblatt
Reichenhaller Tagblatt
Remscheider General-Anzeiger
Reuters
Reutlinger General-Anzeiger
Reutlinger Nachrichten
Rheinfelder Zeitung
Rheinische Post
Rheinische Post Düsseldorf
RheinMain Extratipp
Rhein-Neckar-Zeitung
Rhein-Neckar-Zeitung online
Rheinpfalz
Rhein-Sieg-Anzeiger
Rhein-Zeitung
Rhön- und Saalepost
Rieser Nachrichten
rnz.de
rosenheim24.de
Rotenburg-Bebraer Allgemeine
Rotenburger Kreiszeitung
Ruhr Nachrichten
Ruhr Wort
Ruhr Wort
Ruhr-Anzeiger
Rundschau f. d. schwäb. Wald
Ruppiner Tageblatt
Saale Zeitung
Saarbrücker Zeitung
Saarbrücker Zeitung online
Saarländische Online-Zeitung
Saarländischer Rundfunk
salzburg24.at
Salzgitter Zeitung
scharf-links.de
Schaumburger Nachrichten
Schaumburger Nachrichten
online

Schaumburger Zeitung
Schaumburg-Lippische Landes-
Zeitung
Schenefelder Tageblatt
Schenefelder Tageblatt online
Schlei-Bote
Schleswiger Nachrichten
Schleswig-Holsteinische
Landeszeitung
Schongauer Nachrichten
Schwäbische Post
Schwäbische Post online
Schwäbische Zeitung
Schwäbische Zeitung online
schwäbische.de
Schwäbisches Tagblatt
Schwäbisches Tagblatt online
Schwabmünchner Allgemeine
Schwälmer Allgemeine
Schwandorfer Rundschau
Schwarzwälder Bote
Schweinfurter Tagblatt
Schweizer Blick
Schweizer Fernsehen
Schweizer Radio
Schweriner Volkszeitung
Schweriner Volkszeitung online
SDA
Sechsamterbote Wunsiedel
Segeberger Zeitung
Segeberger Zeitung online
Siegener Zeitung
Siegener Zeitung online
Soester Anzeiger
Solarzeitalter
Solinger Tageblatt
Sollinger Allgemeine
Sondershäuser Allgemeine
sonnenseite.com
Sonntagszeitung
Spenger Zeitung
Speyerer Morgenpost
Spiegel
Spiegel Online
Sport Auto online
Sprenger Nachrichten
Stader Tageblatt
Starnberger Merkur
Stern
Stern online
Stimberg Zeitung
stocks.ch
Stormarner Tageblatt
Straubinger Tagblatt
Stuttgarter Nachrichten
Stuttgarter Zeitung
Süddeutsche Zeitung
Süddeutsche Zeitung Magazin

Südkurier
Südkurier St. Georgen
Südostbayerische Rundschau
Südwest Presse
Südwestpresse Ulm
Südwestrundfunk SWR
suite101.de
Sulinger Kreiszeitung
Sulzbach-Rosenberger Zeitung
Swissinfo.ch
SWR
SWR Rheinland-Pfalz
Syker Kreiszeitung
Sylter Rundschau
Tag des Herrn
Tageblatt für Enger und
Spenge
Tages Anzeiger
tagesanzeiger.ch
Tagespost
Tagespost Würzburg
tagesschau (SF)
tagesschau des Schweizer
Fernsehens
Tagesschau.sf.tv
Tageszeitung für Rhön und
Saale
Tageszeitung Rheinlandpfalz
Täglicher Anzeiger
Tauber-Zeitung
Tanus Zeitung
Tanus Zeitung online
taz
Tegernseer Zeitung
The Epoch Times
Thedinghäuser Zeitung
themenportal.de
thenewsyria.de
Thüringer Allgemeine
Thüringer Landeszeitung
Thüringische Landeszeitung
Tiroler Tageszeitung
Tölzer Kurier
t-online
Traunsteiner Tagblatt
Trierischer Volksfreund
Trierischer Volksfreund online
Trossinger Zeitung.
Trostberger Tagblatt
türkische Tageszeitung
„Radikal“
TV Tisk
tz-online.de
Überlinger Zeitung
UeNa
umweltruf.de
Untertürkheimer Zeitung

Untertürkheimer Zeitung Online	Westfalen-Blatt	www.dw-world.de
Usinger Neue Presse	Westfalenpost	www.endstation-rechts.de
Uyghurcongress.org	Westfälische Nachrichten	www.epochtimes.de
Vatican Radio	Westfälische Nachrichten online	<a href="http://www.europeonline-
magazin.eu">www.europeonline- magazin.eu
Velberter Zeitung	Westfälische Rundschau	www.evangelisch.de
Verdener Aller-Zeitung	Westfälische Rundschau Dortmund	www.evika.de
Versmolder Anzeiger	Westfälischer Anzeiger	www.finanznachrichten.de
Villinger Nachrichten	Westfälisches Volksblatt	www.fnweb.de
Vlothoer Anzeiger	Westhavelländer	www.fr-online.de
voanews.com.	Wetterauer Zeitung	www.giessener-zeitung.de
Vogtland-Anzeiger	Wiener Zeitung	www.greenpeace.de
Voice of America	Wiesbadener Kurier	www.handelsblatt.com
Volksblatt	Wiesbadener Tagblatt	www.hann.muenden.de
Volksblatt	Wildeshäuser Zeitung	www.hintergrund.de
Volksblatt Liechtenstein	Wilhelmshavener Zeitung	www.hna.de
Volksblatt Würzburg	Wilstersche Zeitung	www.hr-online.de
Volksfreund	Winsener Anzeiger	www.infranken.de
Volksstimme Magdeburg online	Wirtschaftsblatt	www.ivz-online.de
Volkszeitung	Wirtschaftswoche	www.jesus.de
Waldeckische Allgemeine	Wittlager Kreisblatt	www.ka-news.de
Waldeckische Landeszeitung	Witzenhäuser Allgemeine	www.kathweb.at
Waldkraiburger Nachrichten	Wochenanzeiger Herford	www.kleinezeitung.at
Walsroder Zeitung	Wochenblatt	www.krone.at
Walsroder Zeitung online	Wochenspiegel	www.ksta.de
Waltroper Zeitung	wolbeck-muenster.de	www.kurier.at
Waltroper Zeitung online	Wolfsburger Allgemeine	www.landbote.ch
Wasserburger Zeitung	Wolfsburger Allgemeine online	www.landes-zeitung.de
WAZ	Wolfsburger Nachrichten	www.liferadio.at
WAZ Heiligenhauser Zeitung	womblog.de	www.morgenpost.de
WAZ Unser Vest	Wormser Zeitung	www.morgenweb.de
WDR	www.20min.ch	www.mv-online.de
WDR 2	www.aargauerzeitung.ch	www.n24.de
WDR 5	www.ad-hoc.de	www.nachrichten.at
WDR Köln	www.ad-hoc-news.de	www.nachrichten.ch
WDR-Morgenmagazin	www.Africa-live.de	www.naturschutz.ch
Weblog Richard Herzingers	www.ahlener-zeitung.de	www.ndr.de
Freie Welt	www.an-online.de	www.net-tribune.de
Wedel Schulauer Tageblatt online	www.austria.com	www.news.de
Wedel-Schulauer Tageblatt	www.beobachter.ch	www.newsecho.de
Weilheimer Tagblatt	www.bernerzeitung.ch	www.nordbayern.de
Welate Me	www.bielertagblatt.ch	www.nq-regio.de
Welt	www.blogs.taz.de	www.n-tv.de
Welt online	www.blogspan.net	<a href="http://www.oecumene.radiovaticana.
org">www.oecumene.radiovaticana. org
Weltblatt	www.borkenerzeitung.de	www.oe-journal.at
welt-sichten	www.bote.ch	www.openpr.de
Werra-Rundschau	www.cash.ch	www.open-report.de
Wertinger Zeitung	www.chiemgau-online.de	www.presseportal.de
Weser Kurier	www.china-observer.de	www.presserelations.de
Weser Kurier online	www.derbund.ch	www.pro-medienmagazin.de
Westdeutsche Allgemeine Essen	www.derwesten.de	www.ptext.de
Westdeutsche Allgemeine Zeitung	www.diepresse.com	www.rp-online.de
Westdeutsche Zeitung	www.dnews.de	www.rtl.de
Westdeutsche Zeitung online	www.dnn-online.de	www.salzburg.at
	www.domradio.de	www.salzburg.com
	www.donaukurier.de	www.schwäbische.de
	www.dunjabulteni.net	www.schweizerbauer.ch

www.search.ch
www.slobodnaevropa.org
www.sonntagszeitung.ch
www.stern.de
www.sueddeutsche.de
www.suedostschweiz.ch
www.swissinfo.ch
www.szbz.de
www.tageblatt.lu
www.tagesanzeiger.ch
www.tagesschau.sf
www.tagesspiegel.de
www.themenportal.de
www.tt.com
www.uenade.de
www.unzensiert.at
www.vaterland.li
www.vienna.at
www.vol.at
www.volksblatt.li
www.volksfreund.de
www.wedel-schulauer-tageblatt.de
www.westfaelische-nachrichten.de
www.wissen.de
www.xing.com
www.zenit.org
www.zuonline.ch
Yahoo Nachrichten
Zeichen der Hoffnung
(Radiosender in Taiwan)
Zeit online
Zeitung für den Altkreis
Lübbecke
Zevener Zeitung
Zollern-Alb-Kurier
Zollern-Alb-Kurier online
Zürcher Unterländer

BEDROHTE VÖLKER – POGROM

Als Redaktionsleiterin koordinierte Katja Wolff bis zu ihrem Ausscheiden im Spätsommer die Produktion und Publikation von vier Ausgaben unserer Menschenrechtszeitschrift „bedrohte Völker – pogrom“.

Den Themenschwerpunkt des ersten Heftes 2011 widmeten wir der Situation der Frauen und Mädchen bedrohter Minderheiten. Als sich dann im Frühjahr die Ereignisse in der „arabischen Welt“ überschlugen, boten wir unseren Leserinnen und Lesern in der zweiten Ausgabe Hintergrundinformationen über die kleineren, meist unterdrückten oder diskriminierten Volksgruppen und Religionsgemeinschaften in Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten Bahrain, Jordanien, Syrien und Marokko. Mehrere Autoren warnten davor, dass Umwälzungen für diese Gemeinschaften nicht zwingend positiv sein werden.

Die Nuklearkatastrophe von Fukushima, die mit einem heftigen Erdbeben am 11. März 2011 begann und dem ein verheerender Tsunami folgte, war für uns Anlass, in „bedrohte Völker – pogrom“ auf die großen Gefahren von Uranabbau, Atomtests und Lagerung radioaktiven Abfalls für Ureinwohnergemeinschaften auf verschiedenen Kontinenten hinzuweisen.

Am 9. Juli 2011 feierten die Südsudanesen nach jahrzehntelangem Bürgerkrieg und Völkermord die Unabhängigkeit ihres Landes. Weltweit kämpfen viele Volksgruppen für mehr Selbstbestimmung. Die Gewährung von Autonomie hat Blutvergießen oft beendet oder verhindert, zeigten wir im vierten Heft anhand etlicher Beispiele.

Als Gegengewicht zu den vielen einseitigen Veranstaltungen während des China-Kulturjahrs in deutschen Städten verstehen wir die fünfte und letzte Ausgabe unseres Magazins im vergangenen Jahr, die unsere Pressereferentin Inse Geismar koordinierte. Darin standen die Unterdrückung und Zerstörung der Kultur der Tibeter, Uiguren und Mongolen im Mittelpunkt.

1/2011 (Nr. 264)

Frauen von China bis Darfur:
Traumatisierte Opfer und mutige
Menschenrechtlerinnen

4/2011 (Nr. 267)

Autonomie:
Überlebenschance für „kleine Völker“

2/2011 (Nr. 265)

„Arabischer“ Aufbruch
Freiheit für Minderheiten?

5/2011 (Nr. 268)

China-Kulturjahr 2012:
Kultur der Tibeter, Uiguren und Mongolen
bewahren!

3/2011 (Nr. 266)

Uranabbau, Atomtests, Endlagersuche
Ureinwohner bangen um ihre Zukunft

GfbV in Berlin

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Berliner Büros der Gesellschaft für bedrohte Völker nahmen 2011 an **zahlreichen Veranstaltungen** z.B. der politischen Stiftungen, des Bundestages, des Auswärtigen Amtes und befreundeter Menschenrechtsorganisationen teil, um unsere Themen in Diskussionen und Gespräche einzubringen und Material zu verteilen. Das Büro wurde bis Oktober 2011 von Judith Kunze geleitet. Der Schwerpunkt ihrer inhaltlichen Arbeit liegt auf Kambodscha und Bangladesch (Bericht unter Asien). Sie steht uns als ehrenamtliche Koordinatorin für Kambodscha mit großem Engagement und Sachkenntnis weiterhin zur Seite. Sarah Reinke übernahm nach ihrer Elternzeit wieder die Leitung unseres Büros. Ihre inhaltlichen Aufgaben beziehen sich in erster Linie auf die GUS-Staaten und Osteuropa. Diese Arbeit konnte auch mit Hilfe von Praktikantinnen und Praktikanten sowie einer befristeten 400-Euro-Stelle, besetzt von Jenia Waschenko, weitergeführt werden (Bericht unter Europa).

Das Berliner Büro bereitete zahlreiche **Aktionen des Bundesbüros** in der deutschen Hauptstadt mit vor. Besonders zu erwähnen sind dabei die Mahnwache vor der chinesischen Botschaft anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises an Liu Xiaobo, eine Pressekonferenz zum Südsudan und eine Konferenz „Bedrohte Christen im Irak“ im Januar 2011. Im März vertrat Judith Kunze unseren Asienreferenten Ulrich Delius bei einer Demonstration des Weltkongresses der Uiguren vor der kasachischen Botschaft. Mehrere Mahnwachen gemeinsam mit einem breiten Bündnis an Organisationen richteten sich gegen das Belo-Monte Staudammprojekt in Brasilien. Im Herbst 2011 organisierte das Berliner Büro für die Delegation von José Carlos Meirelles aus Brasilien Termine in Bundestag und Ministerien sowie mit Pressevertretern. Auch den Vizepräsidenten des Dachverbands der kleinen Völker des Nordens, Nordostens und Sibiriens, Rodion Suljandziga brachten wir im November 2011 mit Bundestagsabgeordneten zusammen.

Wir bauten in dieser Zeit unsere **Öffentlichkeitsarbeit** kontinuierlich aus. So hielten wir Vorträge an Schulen, z.B. über die indigenen Völker in den Chittagong Hill Tracts, unterstützten die sehr aktive Berliner Regionalgruppe bei einem Vortrags- und Diskussionsabend über die Lage der von Minderheiten und indigenen Völkern in Laos und Burma in der Heinrich Böll Stiftung. Wir organisierten auch 2011 einen Infostand beim viertätigen Karneval der Kulturen. Gemeinsam mit der Regionalgruppe waren wir bei der Veranstaltungsreihe „Wasserwelten“, einem Festival zum Thema „Wasser“ im Haus der Kulturen der Welt, präsent. Außerdem stellten wir die Arbeit der GfbV beim Tag der Offenen Tür im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vor. Dort gelang es uns, Gespräche mit der Staatssekretärin und mit mehreren Mitarbeitern des Ministeriums zu führen.

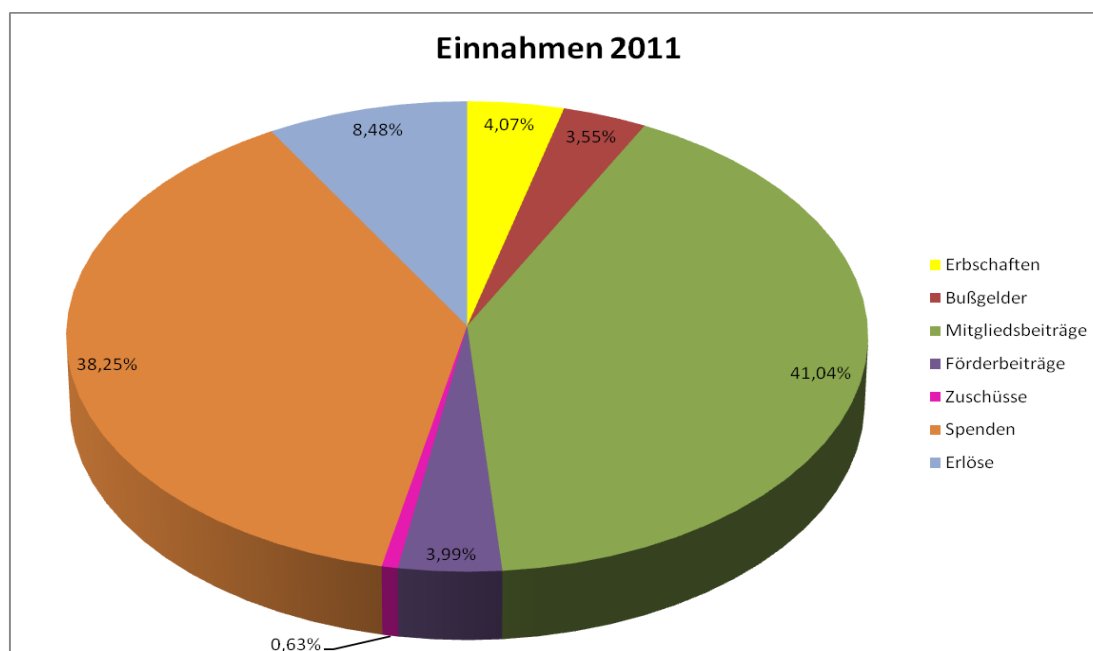
Das Berliner Büro leistete in weiteren Bereichen **wichtige inhaltliche Arbeit zu vielen geographischen Bereichen** besonders durch das große Engagement unserer Praktikantinnen und Praktikanten. Sie beschäftigten sich 2011 mit folgenden Regionen: Peru, Indonesien/Kalimantan, Jharkhand/Indien, Orissa, Bolivien. Auch waren die Praktikantinnen und Praktikanten in Flüchtlingseinzelfallbetreuung eingebunden.

FINANZEN

Die GfbV ist als gemeinnützige anerkannt und gilt deshalb vom Gesetz her als besonders förderungswürdig. Dies verpflichtet uns zu besonderem Verantwortungsbewusstsein bei den Ausgaben, einer korrekten und nachvollziehbaren Rechnungslegung, einer sorgfältigen Finanz- und Personalplanung sowie einer ständigen Analyse und Kontrolle der Kosten- und Einnahmenentwicklung und der Liquidität.

Gegenüber dem Vorjahr stiegen unsere Aufwendungen um 1,66 %. Die Einnahmen stiegen um 6,35 %. Die Mitgliedsbeiträge gingen um 2,26 % zurück.

Unsere finanzielle Situation wird in Zukunft nicht leichter werden; denn ständig kommen neue Aufgaben auf unsere Menschenrechtsorganisation zu, die steigende Ausgaben verursachen. Um unsere finanzielle Basis langfristig zu sichern, müssen wir die Zahl unserer Mitglieder und Förderer deutlich erhöhen. Am 31.12.2011 zählten wir 5.774 Mitglieder, 689 Förderer und 3007 Abonnenten unserer Zeitschrift. Somit verringerte sich 2011 im Vergleich zu 2010 die Zahl der Mitglieder um 1,07 %. Bei den Förderern konnten unsere Verwaltungsleiterin Marlen Mock und ihre Kolleginnen und Kollegen Serdar Baysal, Christian Rach, Julia Nkowa sowie der Auszubildende Patrick Strehl einen Zuwachs um 2,90 % verzeichnen.



Einnahmen 2011

Spenden	542.368,27 €
Mitgliedsbeiträge	581.943,34 €
Fördererbeiträge	56.512,38 €
Erbschaften	57.675,45 €
Bußgelder	50.400,00 €
Zuschüsse	8.883,84 €
Erlöse Zweckbetrieb	120.285,88 €
gesamt	1.418.069,16 €

Aufwendungen 2011

Miete	41.515,53 €
Gas, Strom, Wasser	17.353,39 €
Reinigung und sonstige	2.877,39 €
Raumkosten	
Versicherungen und Beiträge	24.999,18 €
Gebühren	131,86 €
Reparaturen und Instandhaltungen	45.393,66 €
Fahrzeugkosten Miete/Leasing	4.509,14 €
Leasing Betriebs- und Geschäftsausstattung	- €
Werbe- und	9.759,63 €
Öffentlichkeitsarbeitskosten	
Humanitäre Hilfen und Projekte	74.010,19 €
Bewirtungskosten und Aufmerksamkeiten	9.131,14 €
Geschenke	745,29 €
Reisekosten	43.194,88 €
Druck- und Vertriebskosten	62.895,30 €
Fremdarbeiten	11.272,47 €
Porto, Kurierdienste und Telefon	99.620,76 €
Bürobedarf	6.360,61 €
Zeitschriften und Bücher	16.501,71 €
Rechts- und Beratungskosten	31.418,30 €
Buchführungskosten	18.868,33 €
Nebenkosten des Geldverkehrs	5.678,09 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.872,67 €
	<hr/>
	541.109,52 €
Löhne und Gehälter	534.932,86 €
Soziale Aufwendungen	131.056,35 €
	<hr/>
	665.989,21 €
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen und Sachanlagen	23.351,78 €
	<hr/>
Aufwendungen - insgesamt	1.230.450,51 €

SEKTIONEN

GfbV-Bosnien-Herzegowina

Trampina 4 / IV,
71000 Sarajevo
Bosnien-Herzegowina
tel.: ++387 33 213 707
fax: ++387 33 213 709
e-mail: gfbv_sa@bih.net.ba, www.gfbv.ba

Gleich Anfang 2011 wurde die Direktorin der bosnischen GfbV-Sektion, Fadila Memisevic, zur Präsidentin des Vorstandes der **Stiftung „Gerechtigkeit für Bosnien und Herzegowina“** gewählt. Die Stiftung wurde 2002 von der GfbV, dem Kongressrat der bosniakischen Intellektuellen, dem Kroatischen Volksrat und dem Verein „Mütter aus Srebrenica und dem Drina-Tal“ gegründet. Sie sammelt Mittel für die Finanzierung der Völkermord-Klage Bosnien und Herzegowinas gegen Serbien und Montenegro vor dem höchsten Gericht der Vereinten Nationen, dem Internationalen Gerichtshof IGH in Den Haag. Der IGH hatte die Klage 2007 abgewiesen. Viele Überlebende drängen darauf, dass Bosnien in Revision geht. Das ist mit neuen Beweisen bis 2017 möglich.

Vom 11.-13. März fand unsere **Konferenz über die aktuelle politische Situation in Bosnien und Herzegowina** für Mitglieder des von uns gegründeten Netzwerkes der bosnischen Frauenorganisationen FOKUS statt. Die Teilnehmerinnen berichteten über Probleme in ihrem Umfeld. So wurden wir von der Vertreterin der Organisation für die Suche nach Vermissten „Izvor“ aus Prijedor darüber informiert, dass ihre Bemühungen, das Schicksal der Vermissten aus ihrer Gemeinde aufzuklären, von der serbischen Bevölkerung nicht unterstützt wird. Prijedor liegt heute in der serbisch verwalteten Hälfte Bosniens. Seit dem Krieg sind mehr als 1.000 Bosniaken, wie die muslimischen Bosnier genannt werden, verschwunden. Bosniakische Rückkehrer oder Überlebende werden von den örtlichen Behörden, insbesondere vom Bürgermeister der Gemeinde Prijedor, Marko Pavic, ständig bedroht, die Arbeit ihrer Organisationen wird stark behindert.

Ende April feierten wir mit unserem Vorstand das **15-jährige Bestehen unserer Gesellschaft für bedrohte Völker–BiH**. Im Vorstand unserer Sektion sind Repräsentanten aller in Bosnien-Herzegowina lebenden Ethnien und Nationen - Serben, Kroaten, Bosniaken, Juden und Roma - wie auch der Kriegsoffer, darunter die Mütter aus Srebrenica oder der ehemaligen Lagerhäftlinge vertreten.

Am 26. Mai 2011 wurde der flüchtige Kriegsverbrecher und Kommandeur der Armee der Republika Srpska, **Ratko Mladic, in Serbien verhaftet**. Er hatte sich dort im Dorf Lazarevo im Haus von Verwandten, die er in den vergangenen Jahren nicht selten besucht hat, aufgehalten. Wir informierten die Medien und die Öffentlichkeit darüber, dass die Verhaftung zwar begrüßenswert ist, jedoch viel zu spät kommt. Der Zeitpunkt der Verhaftung stütze die These, dass Serbien damit auf den Hauptankläger des Internationalen Kriegsverbrechertribunals, Serge Brammertz, einwirken wollte, am 6. Juni vor der UNO-Generalsversammlung in New York möglichst positiv über die Fortschritte Serbiens auf dem Weg in die EU zu berichten. Wir forderten, dass die EU ein Land wie Serbien ohne vorherige

„Denazifizierung“ nicht in seine Reihen aufnehmen dürfe. Zahlreiche Medien aus dem In- und Ausland haben uns an diesem und den darauffolgenden Tagen kontaktiert und um Interviews gebeten.

Mittels unserer Kontakte konnten wir angesehene Anwälte finden, die die **Klage der Mütter von Srebrenica vor einem internationalen Gericht gegen die frühere Chefanklägerin des ICTY, Carla del Ponte**, vertreten sollen. Sie hatte veranlasst, dass aus Massengräbern geborgene Kleidungsstücke oder persönliche Gegenstände der von serbischen Truppen Ermordeten vernichtet wurden. Die Anwälte Hugh Mercer und Jessica Wells kamen zu einem ersten gemeinsamen Gespräch nach Bosnien-Herzegowina. Sie werden auch von Pontes Nachfolger, Chef-Ankläger Serge Brammertz, Informationen fordern, wer alles für die Vernichtung der Gegenstände verantwortlich ist.

In Zusammenarbeit mit dem United States Holocaust Memorial Museum arbeiteten wir in diesem Jahr am **Projekt der „Oral History Documentation in Europe“** zusammen. Es handelt sich um die Erfassung von Aussagen überlebender Opfer und Zeugen der Verbrechen der Tschetnik- und Ustascha-Einheiten an der muslimischen Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas (BiH) während des Zweiten Weltkrieges. An den Muslimen in BiH wurden während des Zweiten Weltkriegs zahlreiche Massaker und systematische Morde begangen. Insbesondere Bosniaken im Drina-Tal (Ostbosnien) wurden Opfer der Pogrome der faschistischen Einheiten. Auch soll das Projekt aufzeigen, dass sich diese Verbrechen während der Aggression gegen BiH 1992-1995 auch deswegen wiederholen konnten, weil die Täter der Vergangenheit nicht zur Rechenschaft gezogen wurden. Ein weiteres Ziel des Projektes ist die Bestätigung des Tatbestandes, dass auch die bosnischen Muslime Opfer des Holocaust waren.

Die Produzenten des **Filmes „In the Land of Blood and Honey“** zusammen mit der Regisseurin Angelina Jolie haben am 8. Dezember in Sarajevo eine erste Vorführung des Filmes organisiert, zu der wir zusammen mit einigen wenigen Vertretern der Opfervereine eingeladen wurden. Der Film behandelt das Thema des Krieges in BiH mit besonderem Fokus auf die organisierte Massenvergewaltigung der Frauen in serbischen Konzentrations- und Frauenlagern. Nach dem sehr erschütternden und wahrheitsgetreuen Film konnten wir den Produzenten unsere Eindrücke mitteilen und sagen, dass wir mit dem Inhalt des Filmes einverstanden sind. Angelina Jolie wollte nämlich ohne das Einverständnis der Opfer den Film nicht in Vertrieb geben.

97 Mal haben **bosnische und internationale Medien** die Direktorin unserer bosnischen GfbV-Sektion, Fadila Memisevic, und ihre Mitarbeiterin Belma Zulcic 2011 um ein Interview oder einen Kommentar gebeten. Mehrmals war Fadila Memisevic in Diskussionsrunden oder den Hauptnachrichten im Fernsehen zu sehen. In einer Folge des vierteiligen Dokumentarfilms „Women, War and Peace“ über die Massenvergewaltigung von Frauen während des Krieges in BiH kommt sie neben Hillary Clinton, Madeleine Albright und anderen bekannten Frauen zu Wort.

Seit April 2011 ist das **Buch von Angelo Lallo „Il sentiero dei tulipani“** in den Buchhandlungen in Italien erhältlich. In seinem Buch schreibt Angelo Lallo über die Kriegsverbrechen in Bosnien und Herzegowina und ihre Folgen. Das Nachwort zum Buch hat auf Einladung des Autors Fadila Memisevic geschrieben. Die GfbV-Sektion in Südtirol konnte

in Zusammenarbeit mit unserer Sektion etwas über die GfbV und die Arbeit für Bosnien und Herzegowina als Anhang zum Buch zu schreiben. In Zusammenarbeit mit dem Autor werden wir die Möglichkeiten der Übersetzung des Buches auf Bosnisch überprüfen.

GfbV-Schweiz

Schermenweg 154
CH-3072 Ostermundigen
Tel. +41 (0)31 939 00 00
Fax + 41 (0)31 939 00 19
E-Mail: info@gfbv.ch – www.gfbv.ch

Die GfbV-Schweiz hat für 2011 einen umfangreichen Arbeitsbericht erstellt. Er ist im Internet zu finden (www.gfbv.ch). Auszüge aus dem Editorial der Präsidentin Ruth-Gaby Mangold und des Geschäftsleiters Christoph Wiedmer ermöglichen, einen Eindruck von der intensiven Arbeit dieser Sektion unserer Menschenrechtsorganisation zu gewinnen:

Nach Angaben der Vereinten Nationen sind in den letzten Kriegsmonaten 2009 auf **Sri Lanka** 40.000 Frauen, Kinder und Männer getötet worden. Eine unvorstellbare Zahl. Die Regierung sprach von einer Aktion mit humanitärem Charakter und bestritt vehement, dass ihre Truppen Kriegsverbrechen begangen haben. Die GfbV-Schweiz kam jedoch nach Kriegsende in den Besitz von Hunderten von Videos und Fotos, die schrecklichste Gräueltaten belegten. Sie wurden an der flüchtenden Zivilbevölkerung begangen.

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten akkreditierte 2010 einen Ex-Militär als Vizebotschafter der sri-lankischen Regierung. Recherchen bewiesen, dass es sich um einen mutmaßlichen Kriegsverbrecher handelt. Die GfbV-Schweiz erhob Vorwürfe gegen ihn, weil er als Generalmajor der sri-lankischen Streitkräfte einer der führenden Befehlshaber an der Front war. Im August reichte die GfbV-Schweiz zusammen mit der Menschenrechtsorganisation TRIAL Strafanzeige gegen den Vizebotschafter ein. Dies zeigte Folgen. Seit Ende September 2011 darf dieser die Schweiz nicht mehr betreten. Und Mitte Dezember gab die sri-lankische Regierung erstmals zu, dass Teile ihrer Truppen Kriegsverbrechen begangen haben. Unsere beharrliche Menschenrechtsarbeit zahlt sich aus.

Auch ganz andere Themen beschäftigten uns 2011 intensiv. Die GfbV-Schweiz protestierte immer wieder **gegen die massive Zerstörung des Amazonas**. Gemeinsam mit anderen Organisationen luden wir den bekannten Indigenenhäuptling Raoni Metuktire an die UNO in Genf ein und kritisierten die brasilianische Regierung, weil sie wiederholt die Rechte der indigenen Völker missachtete. Im Kosovo unterstützten wir eine hoffnungsvolle Initiative junger Roma, die sich vermehrt Gehör in der kosovarischen Gesellschaft verschaffen wollen. Und im Kongo setzten wir uns mit Nachdruck für die Mitsprache der Waldvölker bei der Waldnutzung ein.

Ein Meilenstein für die GfbV-Schweiz 2011 war zudem die Bekanntmachung des **Archivs zu den Menschenrechtsverletzungen in den beiden Tschetschenienkriegen**. Mutige AktivistInnen wie Zainap Gaschajewa dokumentierten jahrelang Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen der russischen Armee. Diese

Dokumente werden dazu dienen, diese Verbrechen historisch und vielleicht bald auch juristisch aufzuarbeiten und damit einen Beitrag für einen nachhaltigen Frieden zu leisten.

2011 wird als bewegtes Jahr in die Geschichte eingehen. Mit Protesten im **nordafrikanischen und arabischen Raum** wurden Diktatoren abgesetzt, die Demokratie proklamiert und Neuwahlen gefordert. Noch nie wurden in so vielen Ländern gleichzeitige die Menschenrechte eingefordert. Diese mutigen Menschen zeigen uns, dass der Wunsch nach Freiheit und Menschenrechten riesige Kräfte auslösen kann und einem Bedürfnis der Menschen verschiedenster Religionen, Kulturen und Überzeugungen entspricht. Die Proteste bestärken uns, uns erst recht für jene Gemeinschaften einzusetzen, welche unterdrückt und verfolgt und deren Rechte missachtet werden.

Gesellschaft für bedrohte Völker-Österreich

Untere Viaduktgasse 53/7a

A-1030 Wien

Tel: 01-503 13361

E-Mail: office@gfbv.at – www.gfbv.at

Zebelio Kayap – Häuptling der Awajún – verteidigt die Rechte seines Volkes im Norden

Perus. Das Volk der Awajún lebt seit Jahrhunderten in der Cordillera del Cóndor, im Norden Perus, im Grenzgebiet zu Ecuador. Doch in den letzten Jahren wird ihr Territorium immer mehr durch die Aktivitäten der peruanischen Bergbaufirma Afrodita eingeschränkt, die vom peruanischen Militär unterstützt werden. Als sich Zebelio Kayap, der Häuptling der Awajún, dagegen zur Wehr setzte, wurde ein Haftbefehl gegen ihn erwirkt. Er musste in den Untergrund gehen. Die GfbV-Ö startete eine internationale Protestbriefkampagne. Der Haftbefehl gegen Zebelio Kayap wurde im November 2011 aufgehoben. **Brasilien: Belo Monte** - Die GfbV appelliert an den österreichischen Konzern Andritz AG, sich aus dem Belo Monte Kraftwerksprojekt im brasilianischen Regenwald zurückzuziehen. **Peru: Cordillera del Cóndor** - Gegen Zebelio Kayap, Häuptling der Awajún, wurde ein Haftbefehl erlassen, weil er die Territorien seines Volkes verteidigte. Die GfbV protestierte. **Peru: Nuevo Sucre** - Organisation eines Workshops, um 24 DorfbewohnerInnen journalistisches Basiswissen zu vermitteln.

Wien: Gedenktag des Massakers von Srebrenica - Anlässlich dieses Gedenktags hielt die GfbV am Stephansplatz in Wien eine Mahnwache ab. **Verhaftung des Retters von Sarajevo, Jovan Divjak** - Aufgrund eines serbischen Haftbefehls wurde Jovan Divjak von der österreichischen Polizei festgenommen. Die GfbV setzte sich für seine sofortige Freilassung ein. **Ungarn: Gyöngyöspata** - Bei einem Überfall von Rechtsextremen auf Roma wurden mindestens fünf Personen verletzt. Die Polizei schritt erst verspätet ein, die verhafteten Anführer waren schnell wieder frei. In Briefen an den Außenminister Spindelegger und den ungarischen Botschafter zeigte sich die GfbV besorgt, empfahl Maßnahmen zum Schutz der Roma und forderte eine gerichtliche Untersuchung der Ereignisse. **Italien: Turin** - Eine Menschenmenge drang in eine Roma-Siedlung in Turin ein und setzte Autos und Hütten in Brand. Die GfbV verurteilt diesen Überfall und die anfängliche Tatenlosigkeit der italienischen Polizei aufs Schärfste und fordert von den italienischen Behörden eine unverzügliche, vollständige und unparteiliche Untersuchung der Vorfälle.

Türkei: Menschenrechte - Die GfbV veröffentlicht auf der Grundlage eines Symposiums die Broschüre „Vor den Toren Europas“, in der Probleme in den Bereichen Demokratisierung, Grund- und Menschenrechte in der Türkei analysiert werden. **Irak: Flüchtlingscamp Ashraf 12.04.** - Bei einem Massaker durch die irakische Armee im Camp Ashraf wurden mindestens 34 unbewaffnete BewohnerInnen getötet und mehr als 300 verletzt. Die GfbV forderte bei einer Pressekonferenz ein sofortiges Eingreifen des UN-Sicherheitsrats und der UN AMI (The United Nations Assistance Mission for Iraq) sowie die Bestrafung der für das Massaker verantwortlichen Personen. **Indien: Jharkhand** - Die GfbV unterstützt ein Gesundheitscamp für Familien, die von radioaktiver Verstrahlung betroffen sind. **China: Staatsbesuch von Hu Jintao in Österreich** - Anlässlich dieses Staatsbesuchs appellierte die GfbV an den Bundeskanzler Werner Faymann, mit China einen öffentlichen und direkten Menschenrechtsdialog zu führen. Sie beteiligte sich an Kundgebungen und einer Mahnwache, um auf die Menschenrechtsverletzungen in China und die dramatische Lage der Tibeter aufmerksam zu machen.

Hilfe zur Selbsthilfe

Niger: Die starken Frauen von Agadez. In Agadez, im NordenNigers, haben Frauen begonnen, regionale Lebensmittel selbst zu verarbeiten und zu vermarkten. Die Idee ist einfach: Anstatt z. B. Getreide billig zu exportieren und es dann – zu Nudeln verarbeitet – teuer im Supermarkt wieder zu finden, machen sie die Nudeln selbst und verkaufen sie. Dasselbe gilt für die Konservierung von Obst und Gemüse. Die Realisierung dieser Idee ist aber nicht so einfach. Denn die meisten dieser Frauen kommen aus Nomadenfamilien, die wegen der sich ausbreitenden Wüste sesshaft wurden, und ihnen fehlten einfach die Grundkenntnisse, diverse Gerätschaften und nicht zuletzt Startkapital. Dank Ihrer Spenden fanden im Kompetenz-Zentrum „Amany Agadez“ entsprechende Workshops statt, und die ersten Frauen haben sich mithilfe von Kleinkrediten selbständig gemacht. Wir wünschen ihnen viel Erfolg.

Nuevo Sucre: Kleines Dorf gegen Großkonzern: Ihr Wasser war verseucht, der Ackerboden kontaminiert, viele Menschen wurden krank, manche starben – alles aufgrund von „Zwischenfällen“ bei der Erdölgewinnung. Die Bewohner von Nuevo Sucre waren hilflos. Kein Strom, kein Radio, kein Fernsehen, und das nächste Telefon nur mit dem Boot zu erreichen. Und sie konnten zunächst nicht einmal beweisen, in welcher Situation sie sich befanden. Mit Hilfe Ihrer Spendengelder fand im April ein Workshop statt, bei dem 24 TeilnehmerInnen aus Nuevo Sucre journalistisches Basiswissen und der Umgang mit (Video-)Kameras und den neuen elektronischen Medien vermittelt wurde.

Indien: Hilfe gegen den schleichenden Atomtod: Minenarbeiter, die ungeschützt in Uranbergwerken schufteten, Kinder, die auf radioaktiv verseuchten Mülldeponien spielen – das war in Jharkhand, im Nordosten Indiens, ganz normal. Die Adivasi, die dort leben, hatten keine Ahnung, in welcher Gefahr sie schwebten. Die Regierung klärte sie nicht auf, denn für sie waren die Adivasi Menschen zweiter Klasse. Doch endlich regte sich Widerstand. Ärzte, Wissenschaftler und lokale Politiker haben begonnen, Gesundheits-Camps zu organisieren. Mit dem Ziel, die Bevölkerung aufzuklären und Menschen – vor allem Kinder –, deren Gesundheit beeinträchtigt ist, zu behandeln und ihren Familien zu helfen. Mit Ihren Spenden wurde ein Netzwerk unterstützt, dem derzeit 17 betroffene Familien angehören.

Wer für Menschenrechte eintritt, wird oft selbst zur Zielscheibe: Jovan Divjak – der Retter Sarajevos – in Wien verhaftet. Jovan Divjak kam in Sarajevo zur Welt. Jahrzehntlang war diese Stadt berühmt für das harmonische Zusammenleben von Moslems, Serben und Kroaten. Das war auch das Credo des bosnisch-serbischen Generals. Während des Bosnienkriegs marschierte er ins bedrohte Sarajevo ein und bewahrte so die Stadt vor „ethnischen Säuberungen“. Nach dem Krieg baut er eine Hilfsorganisation für bosnische Waisenkinder auf. Seine Landsleute nennen ihn liebevoll Onkel Jovo. Aufgrund eines serbischen Haftbefehls wurde er im März 2011 in Österreich verhaftet, am nächsten Tag nach einer von der GfbV initiierten Protestaktion gegen Kautionshaft aus der Untersuchungshaft entlassen – doch das Gericht entschied trotz zahlreicher Proteste erst nach Monaten, ihn nicht an Serbien auszuliefern.

GfbV-Südtirol/Italien

Via Narconi 5 – CP/PF 233

I-39100 Bozen/Bolzano

Tel./Fax +39 0471 972240

E-Mail: info@gfbv.it – www.gfbv.it

2012 hat die GfbV-Südtirol besonders viel im Bereich der **Bildung** zum Thema Menschenrechte gearbeitet. So haben Sabrina Bussani und Mauro di Vieste in verschiedenen Schulen und Städten Referate und **Unterrichtseinheiten** beispielsweise zu den Themen "Indigene und Klimawandel", "Menschenrechte" oder "Flüchtlinge" gehalten, Seminare zum Thema Islam für Lehrende organisiert und auch die Zusammenarbeit zum Thema "Indigene, Rohstoffe im Bauwesen und Menschenrechte" mit dem Berufskurs in Baubiologie für Handwerker wurde weitergeführt.

Vom Naturkundemuseum wurden sie als Experten zu einem Abend über Äthiopien, Omo-Tal und Gibe3-Staudamm eingeladen und haben bei einer **Konferenz** der Gemeinde Bozen zum Thema "Sinti und Roma" mitgewirkt.

Die GfbV-Sektion hat die Veröffentlichung des **Buchs** von Angelo Lallo "Il sentiero dei tulipani" über die Verbrechen in Bosnien unterstützt. Das Nachwort für das Buch hat die Direktorin der bosnischen GfbV-Sektion, Fadila Memisevic, geschrieben. Die GfbV-Südtirol steuerte eine Selbstdarstellung über die Zielsetzung unserer Menschenrechtsorganisation bei. Im Laufe des Jahres nahmen die Mitarbeiter mehrmals an Info-Abenden teil oder organisiert diese, um das Buch vorzustellen und dafür zu werben.

Im Sommer hat die GfbV-Südtirol/Italien an der **italienischsprachigen Sonderausgabe** von der GfbV-Menschenrechtszeitschrift bedrohte Völker - pogrom zum Thema "Frauen von China bis Darfur" und an der spanischen Übersetzung der Richtlinien zum Free Prior and Informed Consentment (FPIC) gearbeitet.

Besonders geehrt fühlten sich die Mitarbeiter der GfbV-Südtirol, als sie mit dem **Menschenrechtspreis Ethnoi 2011** ausgezeichnet wurden für ihre "intensive und kontinuierliche Dokumentations-, Informations- und Sensibilisierungsarbeit, mit der wir in

den vergangenen Jahren dazu beigetragen haben, dem großen Publikum die Probleme, die mit dem Schutz und der Bestätigung der Rechte der Minderheitenvölker verbunden sind, näher zu bringen." 2012 wurden sie als Jurymitglied zur diesjährigen Verleihung eingeladen. Die lokale TV-Sendung "Minet - das Minderheitenmagazin" hat darüber berichtet (siehe: www.minet-tv.com/filmati/minoranze-nel-mondo-02-11-m185-85-1.html).

Der Situation der Mapuche in Chile widmete die GfbV-Südtirol 2011 einen Schwerpunkt ihrer politischen Menschenrechtsarbeit. Sie warb für ihre **Mapuche-Ausstellung** und stellte diese im Rahmen einer Solidaritätswoche in einem Jugendzentrum nochmals aus. Zu diesem Anlass kam auch ein Gast aus Chile: der Mapuchevertreter José Llanquileo von Lleu-Lleu See. Dieses Engagement und die Zusammenarbeit mit der Anthropologin Olivia Casagrande ermöglichte es der GfbV-Südtirol, ihre Kontakte mit Mapuchevertretern und -organisationen in Chile und in Europa auszubauen. Die Anthropologin wird die Bozner GfbV-Sektion beim europaweiten Mapuchetreffen in Amsterdam Ende Februar 2013 vertreten.

Wie immer wurde beinahe alle **Pressemitteilungen**, die die GfbV-Deutschland veröffentlichte, auch im italienischen Sprachraum verteilt. Zur Menschenrechtslage der Mapuche und anderer Ureinwohner wurden auch eigene Presseerklärungen verfasst und verbreitet. Daraufhin baten Rundfunksender mehrmals um Interviews. Die Homepage der GfbV-Südtirol hatte auch 2011 einen Durchschnitt von ca. 3.000 Kontakten täglich.

GfbV-Kurdistan/Irak

Dr. Yousif Dzayi

Tel. 00964 750 445 1836

yousifdzayi@hotmail.com

Die GfbV-Sektion Kurdistan/Irak arbeitete 2011 eng mit dem Nahostreferat der GfbV-Deutschland in Göttingen zusammen. **Pressemitteilungen und Stellungnahmen** wurden ins Kurdische und Arabische übersetzt und an die Medien im gesamten Irak weiter geleitet. Vereinzelt wurden Mitteilungen der GfbV auch ins Turkmenische übertragen. Im August kam eine **Delegation der GfbV-Sektion Kurdistan/Irak nach Göttingen**. Die sechs Vertreter der Minderheiten der Turkmenen, Kurden (Muslime und Yeziden), Christen und Mandäer erhielten während eines dreitägigen Programms einen Einblick in unsere Menschenrechtsarbeit und informierten auf einer Pressekonferenz in Hannover über die Lage ihrer Volksgruppen in der autonomen Region Kurdistan/Irak.

Trotz schwieriger Sicherheitslage hat die GfbV-Sektion 2011 immer wieder in den multiethnischen und multireligiösen Provinzen von Mosul und in Kirkuk Veranstaltungen zur Lage der Minderheiten organisiert. Ein wichtiges Ereignis war eine **eintägige Konferenz am 18. Juli in Kirkuk unter der Schirmherrschaft des dortigen chaldäisch-katholischen Bischofs, Dr. Luis Sako**. An der Konferenz nahmen rund 150 Persönlichkeiten aller Nationalitäten und Religionsgemeinschaften des Irak teil. Hauptthema des Treffens war die Frage des Zusammenlebens von verschiedenen Ethnien und Religionsgemeinschaften. Es wurde darüber beraten, wie Spannungen zwischen den Volksgruppen abgebaut werden können und ein friedliches Zusammenleben gewährleistet werden kann. Es kamen **Repräsentanten**

der Kurden, Araber, Turkmenen, Assyrer-Aramäer-Chaldäer, Yeziden, Schabak, Mandäer, Christen und Moslems, unter ihnen auch Vertreter der irakischen Zentralregierung in Bagdad, zusammen.

Die Ergebnisse dieser Konferenz wurden der Regionalregierung in Irakisch-Kurdistan und der Zentralregierung in Bagdad vorgelegt. Es wurden konkrete Vorschläge gemacht, wie die so genannte Kirkuk-Frage friedlich gelöst werden kann. In Kirkuk und der gleichnamigen ölreichen Provinz ist das Verhältnis zwischen den Volksgruppen angespannt, weil hunderttausende Kurden, aber auch Turkmenen und christliche Assyrer-Aramäer-Chaldäer unter Saddam Hussein aus der Region vertrieben und an ihrer Stelle Araber aus dem Süd- und Zentralirak angesiedelt wurden. Bis heute ist nicht entschieden, ob die Region dem autonomen Bundesstaat Irakisch-Kurdistan zugeschlagen oder von Bagdad aus regiert wird. Darüber sollen laut Verfassung die rund 755.000 Einwohner der Provinz in einem Referendum abstimmen.

Die meisten Vertriebenen sind mittlerweile nach Kirkuk zurückgekehrt und werden über die Zukunft der Provinz mitentscheiden. Sie hoffen auf einen Anschluss an Irakisch-Kurdistan. Die nun seit Jahrzehnten dort lebende arabische Bevölkerung ist inzwischen wieder in der Minderheit. Sie fühlt sich Bagdad zugehörig. Die irakische Zentralregierung ist dem Kirkuk-Konflikt bisher aus dem Weg gegangen, obwohl sie laut Artikel 140 der Verfassung Spuren der "praktizierten Unterdrückungspolitik" des Diktators beseitigen und geeignete Maßnahmen der Wiedergutmachung ergreifen soll.

Seit 2003 kann sich der irakische Bundesstaat Kurdistan im Nordirak, von Bagdad anerkannt, mit eigener Landesregierung, eigenem Parlament, Ministerpräsidenten und sogar Präsidenten weitgehend selbst verwalten. Doch in den arabischen Regionen des Irak werden Christen, Mandäer und Yeziden weiter verfolgt und vertrieben. In Kurdistan wurden bereits zehntausende dieser Flüchtlinge aufgenommen. Dort herrscht eine Atmosphäre der nationalen und religiösen Toleranz. Durch eine Quotenregelung sind Assyrer-Aramäer-Chaldäer, Armenier und Turkmenen im Regionalparlament vertreten. Diese Nationalitäten verfügen über ein eigenes Schulsystem in der jeweils eigenen Sprache, eigene Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen. Die GfbV-Sektion Kurdistan/Irak wurde 2006 in der kurdischen Hauptstadt Arbil gegründet. Im Beirat der Sektion sind Repräsentanten aller Volksgruppen vertreten.

Redaktion: Inse Geismar

Veröffentlicht zur Jahreshauptversammlung am 3./4. November 2012 in Göttingen